

Technik und Kultur



ZEITSCHRIFT DES VERBANDES
DEUTSCHER DIPLOM-INGENIEURE



Schriftleiter: Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz

HEFT 3

BERLIN, 15. MÄRZ 1929

20. JAHRGANG

Professor Dr.-Ing. C. h. A. THIELE, Dortmund:

BETRACHTUNGEN ZUR BERUFSWAHL DES AKADEMISCHEN TECHNIKERS

Wieder stehen unsere Oberprimaner im Zeichen der Reifeprüfung. Damit ist für diese jungen Leute die Frage der Berufswahl zu einer brennenden geworden. Es scheint daher angezeigt, allen Verantwortlichen einmal vor Augen zu führen, daß sich eben diese Frage zum kommenden Ostertermin weit mehr als 15000 deutscher Abiturienten vorzulegen haben werden. Das ist an sich schon eine erschreckende Ziffer, mit der wir aber leider noch längst nicht den Höhepunkt erreicht haben, denn — gemessen an dem Besuch unserer mittleren Schulen — wird die Zahl ihrer Abiturienten bis 1932-33 voraussichtlich 30000 überschritten haben. Zieht man weiterhin in Betracht, daß sich z. Z. mehr als 70% von ihnen einem akademischen Beruf zuzuwenden pflegen, während bestenfalls — soweit eine Statistik hierfür brauchbare Unterlagen bieten kann — nur $\frac{2}{3}$ innerhalb der deutschen Reichsgrenzen unterzubringen sind, so sehen wir uns auf dem besten Wege, ein akademisches Proletariat unerfreulichsten Ausmaßes heranzuziehen.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß diese Entwicklung schon seit geraumer Zeit nicht nur von den berufenen Stellen, sondern auch von allen denjenigen mit Sorge beobachtet wurde, die sich mit Fragen dieser Art sonstwie beschäftigen. Gewiß liegt der letzte Grund für jenes Mißverhältnis darin, daß wir seit 1918 das typische Volk ohne Raum geworden sind, in welchem unter dem Druck des Versailler Diktates und seiner verheerenden Folgen besonders auch den akademischer Berufsständigen engste Grenzen der Betätigung gezogen worden sind. Es kommt freilich ein Moment hinzu, das bei uns Deutschen schon immer wirksamer als anderswo war. Das nach Kriegsende geschaffene Schlagwort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ kam nämlich einer spezifisch deutschen Einstellung allzusehr entgegen und mußte schlechterdings diesen ungeheuren Zulauf zu unseren Hochschulen in dem heutigen Umfange auslösen, als wenn nur dort ein starkes Geltungsbedürfnis wirklich befriedigt werden könnte. Untersucht man die Gründe genauer, so sind sie unschwer in einer alle Volkskreise durchdringenden Überwertung der gehobenen Geistesarbeit zu erkennen, die unbescheiden den „studierten Mann“ in der allgemeinen Wertschätzung jedem anderen Volksgenossen vorzuziehen

bereit ist, auch wenn letzterer seinen, wenn auch bescheideneren Platz besser, als jener den seinigen ausfüllt. Ohne etwa alles, was von jenseits des Ozeans zu uns kommt, als nachahmenswert empfehlen zu wollen, dürfen wir uns in diesem Punkt sehr wohl den Amerikaner als Muster nehmen, der solche nach rein sozialen Gesichtspunkten gezogenen Trennstriche mit vollem Bewußtsein ablehnt.

Das sprunghafte Anwachsen unserer Abiturientenziffer darf nicht zuletzt auch als ein Folge davon gelten, daß Berufsgruppen, die früher nie eine solche Notwendigkeit bejaht hätten, jetzt nur noch Besitzern des Reifezeugnisses ihre Tore glauben öffnen zu können. Wir dürfen aber auch die Tatsache nicht übersehen, daß heut ganze Scharen junger Leute, selbst wenn sie und ihre Familien bis dahin der akademischen Laufbahn ganz ferngestanden hatten und wenn schon das Durchhalten des Sohnes bis Oberprima häufig kaum erträgliche Opfer gefordert hatte, die bestandene Reifeprüfung als Ehrensache betrachten, koste es, was es wolle, nun auch zu studieren. Wer möchte wohl glauben, daß in allen Fällen innerer Beruf und eine besonders starke Veranlagung die Triebfeder hierzu abgegeben hätten? Sollte man nicht eher annehmen, daß gar nicht Wenige aus einem Gemisch ideeller und materieller Beweggründe heraus zu einer Art Zwangsvorstellung geführt wurden und immer wieder geführt werden, unter allen Umständen auch auf jenes Sprungbrett kommen zu müssen, von dem allein vermeintlich die märchenhaftesten Ziele zu erreichen seien?

So hat denn das Rennen auf dieser mißverständlichen freien Bahn des Tüchtigen schon recht bemerkenswerte Erscheinungen hervorgebracht, die allen Anlaß zum Nachdenken geben. Außer von einer weitgehenden Überfüllung unserer mittleren Schulen, die heut bis in die oberen Klassen hinauf in zwei bis drei Parallelklassen zu unterrichten pflegen, hört man auch an unseren Hochschulen recht bewegliche Klagen sowohl über Raummangel in den Hör- und Übungssälen, als auch über Knappwerden der Lehrmittel und Mangel an Lehrpersonen. Auf der anderen Seite erkennt man ein starkes Anziehen der Prüfungsansprüche und ein Aussieben, wie es dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht anders entsprechen kann. Dies findet in dem

Prozentsatz der Durchgefallenen und in der verhältnismäßig gestiegenen Studiensemesterzahl beredten Ausdruck.

Nach der „Deutschen Hochschulstatistik“ betrug die Gesamtfrequenz unserer Hochschulen im Sommersemester 1928 rd. 112 000 immatrikulierter Studenten, wovon 83 000 auf die Universitäten und etwa 20 000 auf die Technischen Hochschulen entfielen. Mit Hörern und Gastteilnehmern waren es rund 130 000 Besucher. „Diese Zahl“ — so fährt Dr. Helmut Kuhnert in Nr. 10 der „Technischen Erziehung“ fort — „gewinnt dann erst besondere Bedeutung, wenn man sie zu der Vorkriegszeit in Beziehung bringt. Setzt man den Hochschulbesuch im Sommersemester 1911 gleich 100, so ergeben sich für das Sommersemester 1928 folgende Indexzahlen: Universitäten 151, Technische Hochschulen 187.“ Die Technischen Hochschulen, die uns hier nur interessieren, zeigen somit den bei weitem stärkeren Zulauf, und setzt man auch hier wiederum die Frequenz des Sommersemesters 1911 gleich 100, so ergeben sich im Sommersemester 1928 für die einzelnen Studienarten folgende Indexzahlen: Allgemeine Wissenschaften 531, Architektur 90, Bauingenieurwesen 97, Maschineningenieurwesen 214, Elektrotechnik 1057, Schiffbau 68, Chemie und Hüttenkunde 149 usw. Danach hat sich also das Studium der Elektrotechnik gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verzehnfacht, und wo sonst ein Rückgang festzustellen ist, ist dieser, infolge Verlegung des Studiums auf andere Hochschulgattungen, vielleicht auch nur ein scheinbarer. Das Heer der Berufsanwärter aber, die alljährlich auf den Technischen Hochschulen nachgeordneten Unterrichtsanstalten ausgebildet werden, und die doch auch unterkommen wollen, ist bei obigen Zahlen nicht einmal in Rechnung gestellt.

Vergleicht man — um noch einen Augenblick bei der Elektrotechnik zu verweilen — das bedrohliche Anwachsen dieses Studiums mit der zwischenzeitlichen Zunahme der einschlägigen industriellen Unternehmungen und ihrer Belegschaftsziffern auf Grund der reichsstatistischen Gegenüberstellung der Jahre 1907 und 1925, so wird selbst der größte Optimist zu dem Schluß kommen müssen, daß ein derartiges Angebot an Elektroingenieuren auf die Dauer auch nicht halbwegs unterzubringen ist. In anderen Zweigen der Technik liegen die Dinge ähnlich, jedenfalls auch unerfreulich genug. Bei dieser Sachlage ist wohl die Frage berechtigt, ob ein langes und oft nur mit den größten Entbehrungen durchgehaltenes Studium das Ende lohnt, welches heute viel häufiger, als man glaubt, darin besteht, daß der eben fertig gewordene Diplom-Ingenieur auf unbestimmte Sicht hinaus entweder überhaupt keine oder doch keine irgendwie angemessene Stellung erhalten kann. Und dennoch, der Zulauf zum technischen Studium dauert unverdrossen an, so daß man füglich annehmen muß, die Dinge, wie sie wirklich liegen, seien der interessierten Öffentlichkeit nicht hinreichend bekannt — vor allem auch nicht die Gründe, warum unsere Industrie mehr als je zuvor darauf angewiesen ist, sich — angefangen vom Facharbeiter bis hinauf zum leitenden Ingenieur — des denkbar leistungsfähigsten Nachwuchses zu versichern, während doch dieser Forderung von der anderen Seite her nur unter Vor-

aussetzungen entsprochen werden kann, die nicht ganz leicht zu erfüllen sind. Was diese anlangt, so darf, ohne überheblich zu erscheinen, behauptet werden, daß dem Ingenieur unserer Tage mehr als jedem anderen Akademiker Gaben ganz besonderer Art schon in die Wiege gelegt sein müssen, andernfalls er durch keinen noch so großen Fleiß einen bemerkenswert hohen Stand an technischem Wissen und Können erreichen wird. — Welche argen Selbsttäuschungen hierbei unterlaufen, weiß nur der richtig zu beurteilen, der unser junges, der Technik zustrebendes Menschenmaterial aus der Nähe zu beobachten Gelegenheit findet. Man kann da sehen, wie sich angeblich hervorragende technische Veranlagung auch dort anzupreisen sucht, wo es sich bestenfalls um Dutzendware handelt, und wie mehr wohlwollende als verständnisvolle Eltern, z. B. aus der Fähigkeit des Sohnes, eine Klingelleitung zu verlegen oder einen Radioapparat zusammenzubasteln, die unabwiesbare Pflicht glauben herleiten zu müssen, einen so begabten Jungen unter allen Umständen zur Technischen Hochschule zu schicken. Der Befähigungsnachweis für den akademischen Techniker sollte doch wohl etwas tiefer geschöpft sein!

Dazu kommt es ja keineswegs auf die technische Veranlagung allein an, wenn anders man geneigt ist, die späteren Lebensaufgaben des Ingenieurs unserer Zeit weiter zu fassen.

Seit Wegfall der Jugenderziehung, wie sie in so vorbildlicher Weise in unserem alten Volksheere ehrenvollen Angedenkens gepflegt wurde, erscheint der deutsche Ingenieur aller Grade mit in erster Linie dazu berufen, den in Industrie und Wirtschaft tätigen Massen ein Führer zu sein. Eine so hohe Aufgabe wird aber nur ein Stand leisten können, der neben selbstverständlich gutem technischem Wissen und Können auch die rein menschlichen und Vorgesetzten-Eigenschaften mitbringt und weiter pflegt, ohne die er als Vorbild auf die Arbeiterschaft nicht nachhaltig zu wirken vermag. Führernaturen sind an sich schon selten genug; am seltensten kommen sie wohl aber aus den Kreisen, die im Augenblick der Berufswahl in den vermeintlichen wirtschaftlichen Aussichten das allein Entscheidende sehen, und am ehesten und schnellsten kommen immer noch solche Anwärter an die Spitze, denen der gewählte Beruf letzten Endes Herzenssache war. Drum, wer das Zeug in sich fühlt, mit den mancherlei Schwierigkeiten nicht nur des Studiums, sondern auch mit den viel größeren der späteren Praxis fertig zu werden, wer, gesund und frisch an Körper und Geist, sich unaufhaltsam zur Technik hingezogen fühlt, der möge getrost Ingenieur werden, und er wird, trotz Überfüllung und sonstiger Ungunst der Verhältnisse, nicht nur seinen Weg machen, sondern auch die innere Befriedigung ernten, die das Leben erst lebenswert macht.

Die Schwierigkeit liegt also, wie gezeigt, in der richtigen und rechtzeitigen Erkenntnis der persönlichen Eignung. Was kann nun geschehen, um Fehlgriffe in dieser Richtung mehr als bisher zu vermeiden?

In erster Linie wird hier die Schule, etwa der Ordinarius der Oberprima oder ein anderer Lehrer mit-helfen müssen — ein Gedanke, der seither von der obersten Unterrichtsverwaltung schon sehr deutlich unterstrichen worden ist. Diejenigen Abiturienten,

die in den realen Fächern fortgesetzt nur eben hinreichende Noten hatten, die den Vorgängen im chemischen und physikalischen Laboratorium nur geringes Verständnis entgegenzubringen vermochten, die im Zeichenunterricht einen ausgesprochenen Mangel an räumlichem und Formen-Vorstellungsvermögen verrieten — sie werden gut tun, der Technik als Beruf fernzubleiben, denn sie werden selbst bei großem Fleiß zumeist kaum über das Mittelmaß hinaus zu gelangen vermögen. Auf die Schule folgt die erste Etappe in der Laufbahn des künftigen Ingenieurs, bestehend in der praktischen Ausbildung von mindestens einem Jahr, die zweckmäßig zur Hälfte vor Beginn des Hochschulstudiums erledigt werden soll. Gleichsam mit einem Kopfsprung kommt da der junge Anfänger als regelrechter Arbeiter in irgendeine Werkstätte geeigneter Fabrikationsrichtung, wo er neben rein handwerksmäßigen Fertigkeiten die so eigene Atmosphäre der industriellen Erzeugung kennenzulernen und gleichzeitig auch eine gewisse soziale Einfühlung zu erhalten Gelegenheit findet. Diese 6 Monate Anfangspraxis sind ein geradezu vorzüglicher Prüfstein der Eignung! Wer den blauen Anzug, die ewig schwarzen Finger und überhaupt die ungewohnten Härten eines regelmäßigen Werktages an Schraubstock und Drehbank nur als Last empfindet, der möge sich beizeiten darauf besinnen, ob er beruflich richtig eingestellt sei. Wem dagegen durch alle großen und kleinen Mühseligkeiten des Alltags der Gleichtakt und das Hohelied der Arbeit hindurchklingt, an der mitzuschaffen er stolz ist, der ist aus dem Holz geschnitzt, aus dem wir unsere künftigen Ingenieure haben wollen und müssen.

Aber auch mit dieser Probe aufs Exempel wird es oft noch nicht getan sein, weil naturgemäß nicht alle Ausbildungsbetriebe in demselben Maße die Freude zum Beruf beim jungen Studenten zu wecken und zu erhalten wissen. Will man daher — soweit dies überhaupt erreichbar ist — den rechten Mann an die rechte Stelle zu bringen suchen, so wird man noch auf andere Hilfsmittel sinnen müssen, und sie könnten vielleicht durch die psychotechnische Eignungsprüfung gegeben sein, wie sie für viele Berufszweige heut schon gefordert wird und dort mit nachweisbarem Erfolg Anwendung findet. Was man auch mit

mehr oder minder Recht gegen diese noch junge Wissenschaft sagen möge: Richtig durchgebildet und vernünftig auf die Forderungen der Praxis übertragen, dürfte sie auch für den hier in Rede stehenden Sonderzweck zuverlässige Anhaltspunkte für die individuelle Eignung ergeben, sei es vorerst auch nur mit dem einzigen Ziele, zweifellos ungeeignete Berufsanwärter festzustellen und sie tunlichst vom technischen Studium abzulenken. Wer wollte wohl einen Fortschritt verneinen, der darin bestehen könnte, daß der Beruf des akademischen Technikers allmählich von einem hemmenden Mittelmaß befreit würde, unter dem er heute zugegebenerweise noch stark leidet?

Seit mehr als Jahresfrist sind vornehmlich in Preußen, aber auch im übrigen Reich, in den Kreis sonstiger Berufsberatungsstellen sog. „Praktikantenämter“ eingeschaltet worden, die sich mit Ausnahme von zwei Fällen an den Technischen Hochschulen befinden und deren Aufgabe zum guten Teil darin besteht, durch rechtzeitige Fühlungnahme mit den angehenden Studierenden der Technik Fehlgriffe bei ihrer Berufswahl nach Möglichkeit und jedenfalls mehr als bisher zu verhindern. In Preußen gibt es z. Z. drei solcher Stellen mit regional abgestellter Wirkungsweise, nämlich in Berlin, Breslau und Dortmund*). Der Arbeitsbereich letzteren Amtes erstreckt sich vorzugsweise auf den rheinisch-westfälischen Industriebezirk, der für die praktische Ausbildung unserer jungen Maschinen- und Elektroingenieure von einer naturgemäß besonders hohen Bedeutung ist. Bei allen Praktikantenämtern aber kann jederzeit und unentgeltlich nicht nur von den Angehörigen eben genannter Fakultät zuverlässiger Rat eingeholt werden, sondern es wird dort auch den Studierenden anderer Fachrichtungen gern der richtige Weg in Fragen der Berufswahl und ihres späteren Studienganges gewiesen. Wie nötig das noch ist, und wie groß schon die Gefahr für unsere Jugend wurde, mangels sachverständiger und wohlwollender Beratung auf einen Beruf loszugehen, in dem nur ein Teil der heutigen Anwärter und gleichzeitig der spezifisch bestveranlagte derselben, Aussicht auf Unter- und Vorwärtskommen hat — dies zu zeigen, war der Zweck vorstehender Ausführungen.

*) Dortmund, Brandenburger Str. 1.

Dipl.-Ing. PETER BÜNGE:

DIE GRUNDLAGEN DER EUROPÄISCHEN EISENINDUSTRIE

1. Frankreich.

Geschichtlich nur so viel, daß Frankreich, als es unter Ludwig dem Vierzehnten die erste europäische Großmacht geworden war, planmäßig an die Entwicklung einer Eisenindustrie ging. Jedoch trotz hervorragender Theoretiker und Wissenschaftler (Réaumur) gelang es ihm nicht, in der Technik des Eisenhüttenwesens eine maßgebende Rolle zu spielen. Auch die Bestrebungen in der Revolutionszeit und unter Napoleon änderten daran nichts.

Daran waren teilweise die natürlichen Verhältnisse schuld. Es besitzt reiche Erzlager, ist aber arm an guten Kohlen. Den Verlust Elsaß-Lothringens, das 1871 zu Deutschland zurückkehrte, hat Frankreich industriell

kaum gespürt. Die reichen Erzlager von Briey waren ihm geblieben. Sie genügten dem Lande so vollkommen, daß nicht einmal die seit Jahrhunderten bekannten Erzlager in der Normandie abgebaut wurden. Erst Thyssen erkannte deren Abbauwürdigkeit und errichtete das Hüttenwerk bei Caen. Er wurde damit zum Gründer der heutigen deutsch-französischen schwerindustriellen Ergänzungspolitik, die um 1900 von französischer Seite aus befördert und durch den Krieg vollkommen unterbrochen wurde. Der Versailler Frieden machte Frankreich zum zweitgrößten Eisenerzeuger. Seine Hüttenwerke vermögen 10 Mill. t Roheisen zu liefern. Aber, es steht technisch — auch heute noch — unter dem Einfluß der überlegenen

deutschen und amerikanischen Industrie, und es kann seine Werke nicht mit der genügenden Kohle versorgen. Auf der Suche danach ging es den Weg Spaa-Ruhr-Desaster-Deutsch-französisches Eisensyndikat. Die Entwicklung seit Ludwig XIV. ist damit, vorläufig, abgeschlossen.

Die örtliche Verteilung der Bodenschätze ist folgende: Erze in geringeren Vorkommen finden sich verteilt über Mittel- und Südfrankreich, größere Lager in der Bretagne und Normandie, teilweise nahe der Kanalküste, während das wichtigste Eisenerzrevier an Maas und Mosel, unweit der früheren deutsch-luxemburgisch-französischen Länderecke liegt. Das sind die Minettelager, die zu den gewaltigsten der Welt gehören. Kohle findet sich in Mittel- und Südostfrankreich; der bedeutendste Bergbaudistrikt liegt jedoch im Pas de Calais, in der Gegend um Lens. Auch über Braunkohlenlager verfügt Frankreich, ohne davon für seine Industrie den Gebrauch zu machen, wie z. B. Deutschland.

Interessant ist, mit welcher Plötzlichkeit um die Jahrhundertwende in dem Erzgebiet von Briey eine geradezu amerikanische Entwicklung einsetzte. 1902 förderte man dort $\frac{3}{4}$ Mill. t Minette. 1913 waren es bereits über 15 Mill. t. Gleichzeitig stieg in ganz Frankreich die Erzförderziffer von ungefähr 5 Mill. t auf 21 Mill. t. Hieran war Französisch-Lothringen mit über 97 bzw. 92 v. H. beteiligt. Die normannischen Erze, an deren Aufschluß, wie gesagt, Thyssen den Hauptanteil hatte, gingen zu etwa 80 v. H. nach Deutschland und England. Die pyrenäischen endlich bilden eine örtliche Sonderheit; sie geben Frankreich die besten Bessemer-Erze. Erst im Kriege gelangten die nicht-lothringischen Vorkommen zu Bedeutung; sie mußten den Ausfall für das Kriegsgebiet decken.

Der Gesamt-Erzbesitz Frankreichs kann getrost auf über 10 Milliarden t geschätzt werden. Davon liegen über 2,6 Milliarden t im altfranzösischen Minettegebiet, über 1,8 Milliarden t im früheren Deutsch-Lothringen, über 4,7 Milliarden t in der Normandie, während der Rest über die Bretagne, Pyrenäen und Algier-Tunis verteilt bleibt. Das bedeutet, daß von den im Abbau befindlichen europäischen Eisenerz-Lagerstätten, die etwa 10 Milliarden t ausmachen, über die Hälfte, genauer 53,14 v. H. in französischen Händen sind. Das ist eine kolossale Entwicklung, denn 1913 noch war Frankreich an der europäischen Eisenerzförderung nur mit etwas über 20 v. H. beteiligt.

Hätte Frankreich in gleichem Maßstab die erforderliche Kohle zur Hand, wäre es in absehbarer Zeit auf dem Weg zu einer Eisen-Monopolstellung. 1913 förderte es an 40 Mill. t Steinkohle, von denen 70 v. H. aus den Departements Nord und Pas de Calais stammten. Diese Förderziffer deckte nur etwa $\frac{2}{3}$ des Bedarfs. Rund 20 Mill. t mußten eingeführt werden. Besonders mißlich wurde die Kohlenlage in den darauf folgenden Kriegsjahren. Etwa die Hälfte der Eigenförderung fiel aus und wurde nur mit Mühe durch den Abbau kleinerer Kohlevorkommen und Einfuhr ausgeglichen. Den Niederschlag fand diese Kalamität in den bekannten Kohlenparagrafen von Versailles, Spaa usw., in der französischen Kohlenpolitik im Saarbecken, in dem neuen Wort „Wiederherstellungskohle“ und dem Einmarsch ins Ruhrgebiet.

In sehr ruhigen Bahnen bewegte sich früher die Roheisen-erzeugung. 1870 waren es knapp 1,2 Mill. t, die in den 20 Jahren bis 1890 erst auf 1,96 Mill. t angewachsen waren. Erst die Jahrhundertwende bringt Leben in die Entwicklung, 1905 ist die dritte, 1913 die fünfte Mill. t Roheisen im Jahr erreicht. Ganz ähnlich verläuft die Flußeisenkurve, die sich von 1905 bis 1913 auf die doppelte Höhe erhebt und 1913 mit über 4,6 Mill. t abschließt. Einen jähen Abbruch in diesem stetigen Aufwärts bedeutete der Krieg. Im Osten und Norden Frankreichs waren die wichtigsten Bergbau- und Hüttenbezirke besetzt. 50 v. H. der Kohlenförderung, 90 v. H. der Erz-

gewinnung, 80 v. H. der Roheisen- und an 75 v. H. der Stahlerzeugung fehlten. Eisen- und Stahlerzeugung gingen scharf zurück und betrug 1918 nur mehr 1,3 bzw. 1,8 Mill. t. Hier setzte das große englische und amerikanische Geschäft ein. Waren 1913 nur 300000 t an Eisen und Eisenwaren eingeführt worden, so stieg diese Ziffer 1917 auf über 3,3 Mill. t.

Die kurze Zeitspanne nach dem Krieg zeigte die allermerkwürdigsten Krisen und Veränderungen. Von dem soeben erwähnten Tiefstand während des Krieges erholte sich Frankreich erstaunlich langsam. 1920 beträgt die Roheisen-erzeugung immer noch erst reichlich 3,3 Mill. t und erst im Jahre 1922 ist die letzte Friedenserzeugung von 1913 mit 5,2 Mill. t wieder erreicht oder vielmehr knapp überschritten. Seitdem steigt die französische Roheisengewinnung stetig, 1923 sind es 5,4 Mill. t, 1924 fast 7,7 Mill. t, 1925 beinahe 8,5 Mill. t, und im ersten Halbjahr 1926 wurden über 4,5 Mill. t Roheisen erblasen, was für das ganze Jahr 1926 schätzungsweise 9 Mill. t Roheisen ergeben wird. Damit hätte Frankreich die Leistungsfähigkeit seiner Hochöfen zu 90 v. H. ausgenutzt, und man wird nicht ohne Betrübnis daran denken können, daß der Versailler Vertrag uns von 330 Hochöfen nur mehr 210 gelassen hat, von denen im Oktober 1926 noch ganze 97 unter Feuer standen.

Die französischen Ziffern besagen, daß Frankreichs Anteil an der europäischen Roheisengewinnung von 11,3 v. H. im Jahr 1913 auf über 23 v. H. in diesem Jahr angestiegen ist. Das ist mehr als eine Verdoppelung. Ähnlich verhält es sich mit dem Rohstahl. 1913 betrug Frankreichs Anteil an der europäischen Produktion 11 v. H., 1925 = 18 v. H. Die Zunahme ist niedriger als beim Roheisen, aber immer noch bedeutend. Diese Zahlen sehen sich sofort ganz anders an, wenn wir nur das erste Halbjahr 1926 betrachten. Da hat Frankreich unter allen eisenerzeugenden Ländern den stärksten Zuwachs gegenüber 1913, von dessen ganzer Jahreserzeugung es in den nur 6 Monaten 1926 bereits über 87 v. H. leistete. (Deutschland z. B. nur knapp 25 v. H.). Beim Rohstahl bedeuten die von Januar bis Juni 1926 in Frankreich erzeugten 4 Mill. t über 54 v. H. der Jahreserzeugung von 1913.

Doch genug mit den Zahlen. Sie beweisen, wie zäh und zielsicher Frankreich sein schwerindustrielles Programm entwickelt. Sie beweisen, wie falsch die Franzosen früher beurteilt wurden, wenn man ihnen einen gewissen Elan, aber keine Ausdauer zuerkennen wollte. Man braucht nur an die koloniale Arbeit zurückzudenken, die Frankreich im Laufe der Jahrhunderte geleistet hat. Es hatte ein ungeheures Kolonialreich in Nordamerika, England nahm es ihm fort (Quebec). Es hatte Ägypten und den Suezkanal fast in Händen, England nahm ihn beides fort. Andere hätten die Suche aufgegeben. Frankreich schuf sich andern Orts das zweitgrößte Kolonialreich der Welt. Es hatte den Weltkrieg 1914 fast verloren, da entfachte es mit einer Verbissenheit ohnegleichen den Widerstand, der es zur zweiten europäischen Großmacht erhob. Man muß an diese Vorgänge zurückdenken, wenn man die Großzügigkeit der französischen Eisenpolitik richtig und mit der genügenden Sicht auf die Zukunft beurteilen will. Ob es in der Lage sein wird, technisch und organisatorisch die damit verbundenen Aufgaben zu meistern, ist heute noch die Frage. Es ist unser Recht, es zu bezweifeln. Übersehen dürfen wir aber nicht, daß unter den französischen Eisenhüttenleuten der Wille dazu besteht. Und das ist wohl dasjenige, womit man rechnen muß.

2. Niederlande, Belgien, Luxemburg.

Holland ist erst in letzter Zeit durch die neu aufgeschlossenen Kohlenfelder in Limburg und durch Errichtung des Hochofenwerks an der Ausmündung des Nordseekanals, der Amsterdam mit dem Meer verbindet, in die Reihe der Industriestaaten eingetreten.

Uralt ist dagegen das Eisengewerbe in Belgien und Luxemburg. Dort siedelten einst gallische Stämme, deren Schmiede schon weit berühmte eiserne Waffen herzustellen vermochten. Ein solches Schwert spielte bekanntlich bei der Einnahme Roms durch die Gallier im Jahre 387 v. Chr. eine Rolle, als Brennus es zum Abwiegen des römischen Goldtributs in die Waagschale warf. Auch Cäsar hatte vor den gallischen Hauschwertern den gebührenden Respekt. Bis in die Zeit seiner Kriegszüge geht auch die Eisenindustrie der Wallonen zurück, die ihre Macht vor allem im Bistum Lüttich zur Zeit der Hansa zur Geltung brachte.

Einen tiefen Rückschlag brachte der napoleonische Zusammenbruch, als Belgien und Holland selbständige Staaten wurden, aus dem erst John Cockerill (geboren 1790) neue Wege wies. Sein Ziel war, Belgiens Bodenschätze auszunutzen und das Land unabhängig von der englischen Vormachtstellung zu machen. Die Regierung gewährte ihm riesige Kredite, die ihn instand setzten, Seraing zur damals bedeutendsten Maschinenfabrik Europas zu machen. Cockerill war ein Organisator, vereinigte bis 1838 nicht weniger, als 60 Werke von der Kohlenzeche bis zur Papierfabrik in vertikaler Gliederung. Er war fast wörtlich ein Vorgänger von Stinnes. Als die belgische Bank ihre Zahlungen einstellte, mußte er seinen gesamten Besitz verkaufen und behielt nur die Stammwerke zu Seraing und Lüttich.

Obgleich Belgien fast ohne Eisenerz, hat seine verkehrsgeographische Lage doch die Entwicklung zu einem Eisenland par excellence begünstigt. Die nahen französischen und luxemburgischen Erzreviere lieferten die Rohstoffe, so daß Belgien auf den Kopf der Bevölkerung nicht weniger Eisen herstellte als Deutschland. Da es die Eisenerzeugung zum großen Teil ausführt, stammt sein Reichtum nicht zum wenigsten aus seiner Eisenindustrie.

Die letzte Vorkriegskohlenförderung (1913) betrug fast 23 Mill. t, dazu wurden noch fast 9 Mill. t eingeführt, etwa 5 Mill. t ausgeführt. Der Erzverbrauch belief sich 1900 auf 2,35 Mill. t, 1913 bereits auf 6½ Mill. t. Es erzeugte 1913 fast 2½ Mill. t Stahl, aus denen es etwa 1,85 Mill. t Fertigerzeugnisse herstellte. Diese Ziffern sanken während des Krieges stark ab. Schon 1915 standen nur noch 6 Hochöfen (von 54) im Feuer, 1917 war es nur noch einer. Im Gegensatz dazu hielt sich die Kohlenförderung auf etwa ⅔ der Friedenshöhe. Bald nach dem Kriege setzte ein starker Aufschwung ein. 1919 wurden schon wieder 80 v. H. der Friedensförderung an Steinkohle erreicht, 1920 fast 100 v. H. Im gleichen Jahre waren 8 Hochöfen wieder angeblasen. Sofort belebte sich auch wieder die Ausfuhr, in der jedoch der Wettbewerb Frankreichs und Luxemburgs für Bremsen sorgte. Zur Zeit befinden sich von den 56 belgischen Hochöfen 55 im Feuer mit einer Leistungsfähigkeit von 10651 t in 24 Stunden. Die Erzeugung der letzten Monate pendelte um 2,4 Mill. t Steinkohlen (= rund 28 bis 30 Mill. t im Jahre), 300000 t Roheisen (= ungefähr 3,6 Mill. t Roheisen im Jahre), die gleiche Menge Stahl, die zu rund 280000 t Walzfabrikaten verarbeitet wurde (= ungefähr 3,3 Mill. t Fertigerzeugnisse jährlich).

Wechselreich war die Entwicklung Luxemburgs. Zur industriellen Blüte gelangte es während der Zeit, seit es zum Deutschen Zollverein gehörte. Diese Beziehungen bestehen bekanntlich nicht mehr und sind 1922 durch eine Zollgemeinschaft mit Belgien abgelöst worden. Luxemburgs Minettevorkommen werden auf rund 200 Mill. t geschätzt. Davon förderte es 1913 über 7 Mill. t, die in 45 Hochöfen (also fast so viel, wie in Belgien) verhüttet wurden. Die Erzeugungsziffern aus dem letzten Friedensjahr betragen für Roheisen 2,5 Mill. t, Stahl = 1,3 Mill. t, Walzfabrikate = 1,1 Mill. t.

In den Nachkriegsjahren hatte die luxemburgische Schwerindustrie fortwährend Krisen zu bestehen, die von französischer und belgischer Seite aus gewiß nicht unger-

gesehen wurden. 1922 war dann die Frucht reif und wurde von Belgien geerntet. Seitdem hob sich die Ausfuhr, die zum größten Teil auf die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes angewiesen ist. Belgien ist selbst Ausfuhrland, und Frankreichs Zollmauer ist für luxemburgisches Eisen schwer überklimmbar. Hierin hat Luxemburg eine starke Enttäuschung erleben müssen, denn es hatte sowohl mit französischer Zollsenkung, wie mit Verkehrserleichterungen nach dem Antwerpener Hafen gerechnet.

Von den 47 luxemburgischen Hochöfen stehen jetzt 45 im Feuer mit einer Leistungsfähigkeit von etwa 7800 t in 24 Stunden. Die Jahresproduktion kommt den letzten Monatsziffern nach berechnet auf etwa 2,6 Mill. t Roheisen und 2,2 Mill. t Stahl. Die Eisenerzförderung erreichte 1926 einen Höchststand von über 7½ Mill. t, fast ¾ Mill. t mehr als 1913, aus 81 Eisenerzgruben. In den Gruben waren über 5600 Mann beschäftigt.

3. England.

Kein Land in Europa kann sich auch nur annähernd mit den von der Natur begünstigten Verhältnissen der britischen Insel messen. Das Land ist bisher unangreifbar geblieben und besitzt in günstigster Lage sowohl Eisenerz wie Kohle. Es ist kein Wunder, daß die Ausnutzung dieser natürlichen Vormachtstellung die Engländer für lange Jahrhunderte zum Beherrscher der technischen Märkte machen mußte, und daß es früher oder später gegen jeden Krieg geführt hat, der ihm diesen bequemen Sitz streitig machte.

So ist die Geschichte der englischen Eisenindustrie von einem Leben erfüllt, wie kaum die eines andern Landes. Sie beginnt schon lange vor römischer Zeit und blühte gewaltig auf, als die hansischen Kaufleute sich in dem in London gelegenen Stahlhof niederließen, in dem sie für das hauptsächlich aus Köln eingeführte Eisen Wolle eintauschten. Überhaupt trugen Deutsche und Wallonen immer wieder neues Leben in das englische Eisengewerbe. Von ihnen lernten um 1500 die englischen Grundbesitzer den Guß eiserner Geschütze, holzten ihre Wälder ab und steckten sie in den Hochofen; aber sie tauschten dafür die Herrschaft der Meere ein. Solinger Stahlschmiede gründeten den Ruf Sheffield's. Als die Engländer genug gelernt, schlossen sie den Stahlhof und besiegelten damit das Schicksal der Hansa. Sie fühlten sich reif, selbst die Erbschaft anzutreten.

Allein in Birmingham fanden 1700 bereits 50000 Menschen ihren Unterhalt in der Eisenindustrie. 1670 wurde mit sächsischen Arbeitern die Weißblechindustrie ins Leben gerufen. Dann kam die Entwicklung der Feuermaschine. Thomas Savery, Thomas Newcomen, John Cowley, James Watt, Matthew Boulton, William Murdoch sind die Namen der Männer, die um die Dampfmaschine unsterbliche Verdienste haben. Schnell wuchs ihre Anwendung im Eisenhüttenwesen. John Smeaton baut 1770 die ersten Zylindergebläse. 5 Jahre später erscheint Watts Dampfgebläse.

Huntsman erfand den Gußstahl. Er stammte von deutschen Eltern ab, war ursprünglich Uhrmacher und stellte sich dann selbst feinsten Uhrfederstahl her. Damals herrschte noch Deutschland im Werkzeugstahl vor! Er lief ihm den Rang ab. Von Patenten hielt er nichts, lieber hielt er sein Verfahren geheim, so lange es ging. Aber geistiger Diebstahl war damals zur Kunst entwickelt, seine Geheimnisse wurden ihm abgelascht. Er starb 1776; über ein Jahrhundert gab's auf der Welt nichts Besseres, als den Huntsmanstahl.

Wieder ein Engländer, Dud Dudley, erblickte als Erster Roheisen mit Steinkohle. Ein Jahrhundert nach ihm führte Abraham Darby den Koks im Hochofenbetrieb dauernd ein. Auf ihn ist auch der eiserne Geschirrguß in Sandformen zurückzuführen. Als man dazu übergang auch Rohre, Geschütze, Dampfzylinder usw. in Sandformen zu gießen, errichtete Wilkinson zum Umschmelzen

statt der früheren Flammöfen, die „Cupola-Öfen“, die als Kuppelöfen heute in jeder Gießerei zu finden sind. Über den Bau der ersten Eisenbahnen und der ersten eisernen Brücken ist ein ganzes Schrifttum entstanden.

Eine Umwälzung bedeutete das in wenigen Jahren von dem früheren Schiffsagenten Henry Cort ausgearbeitete Puddelverfahren (Patent von 1783). Auf Neilson ist die Winderhitzung im Hochofenbetrieb zurückzuführen.

Es war all diesen Männern zu danken, daß Schottland 1830 aus 27 Hochöfen bereits 37500 t Roheisen lieferte. Diese Zahl stieg bis 1846 bereits auf $\frac{1}{2}$ Mill. t Roheisen. Trotzdem wurde es noch von Südwales überholt, welches allein mehr Roheisen erzeugte, als ganz Deutschland. Der Bezirk von Cleveland verdankt seine amerikanische Entwicklung einem Mecklenburger. Die dort neu entdeckten Erzlager führten 1852 zum Bau zweier Hochöfen. 5 Jahre später standen dort bereits 80 Hochöfen im Feuer! Gleichzeitig versetzte Bessemer dem langsamen Puddeln den Todesstoß, stellte durch die Einführung der Flußeisen-Massenerzeugung in der Birne die Stahlindustrie der Welt auf ihre heutigen Füße und wurde der Anlaß zu der späteren Überflügelung seines eigenen Vaterlandes durch Deutschland mit der Weiterentwicklung des Bessemer- zum Thomasverfahren. Hier ist eine der Wurzeln des Weltkrieges zu suchen. Ob wir eine Flotte hatten oder nicht, wäre den Engländern gleich gewesen, denn ihre Flotte war stärker. Aber um 1900 rangen wir ihre Stahlindustrie nieder. Das hat es uns nicht verziehen.

Selbst bei der Kürze der Zusammenfassung bleibt unübersehbar die Energie der englischen Techniker, und zumal Hüttenleute früherer Zeiten. Sie drückte sich im lebhaften Wechsel der Führerrolle der einzelnen englischen Bezirke aus, von Gloucestershire zur Römerzeit über Sussex, Shropshire, Südwales und Schottland zum heutigen Eisenzentrum Cleveland. Der Bau von vielen Millionen Tonnen Schiffsraum zu friedlichen und kriegerischen Zwecken regelte und beschleunigte den Pulsschlag in den englischen Hütten, so daß 1871 England so viel Roheisen erzeugte, wie alle andern Länder zusammen genommen. Von da an hält das Anwachsen zwar an, aber es beginnt der große industrielle Wettkampf. Der Engländer war es zu sehr gewöhnt, sein Geld in den Kolonien anzulegen, als daß er die zur dauernden Modernisierung seiner Hütten notwendigen Mittel bereitstellen wollte. Auch ist er zu konservativ, er baut lieber das Erprobte von gestern, als das Gewagte von morgen. Die Hütten veralteten, und selbstverständlich war der Engländer auch viel zu stolz, als daß er diesen Rückgang zugeben und nunmehr von den jungen Industrieländern hätte lernen wollen. Nach alter Methode organisierte er die Gegenwehr politisch. Rußland und Frankreich waren mit Leichtigkeit vor seinen Wagen zu spannen, aber ob der damit so vernichtend gegen Deutschland und Rußland geführte Schlag der englischen Industrie die Atemfreiheit wiedergab, das dürfen wir heute schon in Ruhe bezweifeln. Frankreich ist kein bequemer industrieller Nachfolger Deutschlands geworden.

Fast 300000000 t Kohle wurden vor dem Krieg in England gefördert, von denen nicht weniger als 75 Mill. t ausgeführt wurden. Die Förderziffer sank während des Krieges und erreichte 1924 den Tiefstand von 165 Mill. t. Aber trotz der zweiten Krise des großen Bergarbeiterstreiks entspricht die jetzige Ausfuhr wieder einem Jahresstand von etwa 73 Mill. t, also der Vorkriegshöhe.

Der aufgeschlossene Eisenerzvorrat beträgt 1,3 Milliarden t, der vermutliche Erzbesitz jedoch über 37 Milliarden Tonnen. Trotzdem werden große Erzmengen eingeführt, hauptsächlich aus Bilbao, ferner aus Norwegen und Schweden, Brasilien und Kanada. Yorkshire ist nach wie vor das Eisenzentrum, daneben reiht Cumberland mit seinen zum Bessemer geeigneten, phosphorarmen Hämatiterten, Schottland mit seinem (in seiner Bedeutung sinkenden) „schottischen“ Gießereiroheisen, Südwales mit seinem

Weißblech, das immer noch den wesentlichsten Ausführartikel der englischen Schwerindustrie darstellt (heute etwa 1,2 Mill. t verzinkte und Weißbleche).

Die Roheisenerzeugung betrug 1913 über 10,6 Mill. t, sank 1921 auf nur 2,65 Mill. t und beträgt augenblicklich etwa 7,2 Mill. t im Jahr. Die Stahlerzeugung, 1913 über 7,7 Mill. t, wurde während des Krieges (Ausfall der französischen Eisenhütten) auf 9,7 Mill. t (1918) gesteigert, fiel 1921 auf 3,7 Mill. t und entspricht jetzt einer runden Jahresleistung von $\frac{1}{2}$ 7,2 Mill. t (gleich der Roheisenerzeugung).

Die Dauer der im Feuer stehenden Hochöfen ist in letzter Zeit dauernd gestiegen, was auf die Rückwirkungen des großen Streiks zurückzuführen ist. Jedoch ist auch eine lebhaftere Neubautätigkeit, gerade in den Hochofenwerken, feststellbar, wodurch die während des Krieges und vorher bereits veralteten Anlagen auf den Stand der technisch besser eingerichteten deutschen und amerikanischen Hochofenwerke gebracht werden sollen.

4. Spanien und Portugal.

Bereits im Altertum war Spanien durch sein Silber und sein Eisen berühmt. Als dann im Mittelalter die Entdeckung Amerikas und die Kriege für die katholische Kirche das Interesse für die Waffenherstellung hoben, da wurden die früheren Ritterhauschwerter durch den spanischen Stoßdegen ersetzt. Klingen von Toledo! Wer hätte davon nicht gehört. Aus einem harten, stahlähnlichen Eisen wurden sie geschmiedet und wohl unter Anwendung irgendeines Härtungsmittels oberflächlich verstäht.

Heute spielt Spanien, abgesehen von seinem Reichtum an allen möglichen Metallen, eine Rolle als Eisenerzlieferer. Darin begann nach 1870 der Aufschwung. 1913 förderte es fast 10 Mill. t Eisenerz. Dann setzte ein stetiges Absinken ein bis zu 2,6 Mill. t im Jahre 1921. Seitdem hob sich die Förderung wieder.

Der früher im Vordergrund stehende Bilbaoerbezirk büßte allmählich an Wichtigkeit ein. Deutschland war durch den Krieg als Abnehmer ausgefallen. Neue Erzgebiete in aller Welt machten den Spaniern den Markt streitig. In der Hauptsache wird dort ein Brauneisenstein und ein Spateisenstein gewonnen. Bohnerze werden in der Gegend um Santander gefördert. Von Bedeutung sind die südspanischen Hämatite und Karbonate. Auch Ostspanien gibt steigende Erzmengen her, Hämatite, die in Sagunt ihren Verschiffungshafen haben.

Mit Kohlen ist Spanien ausreichend versorgt. Man rechnet mit über 6 Milliarden t aller Sorten, zu denen noch 2,5 Milliarden mutmaßlicher Vorkommen treten. 1913 wurden 4 Mill. t Steinkohle gefördert, 1918 bereits 6,5 Mill. t. Die Ziffer ist seitdem gesunken. Auch Braunkohlen werden in großer Menge abgebaut (1918 über 700000 t). Jedenfalls hat sich Spanien zum großen Teil unabhängig von ausländischer Kohle zu machen verstanden.

Bis zum Krieg zählte man nur 14 Hüttenwerke im Land. Die Eisennöte des Vielverbandes brachten erst ein industrielles Aufblühen mit neuen Maschinenfabriken, Hochofen- und Stahlwerken. Diese haben jedoch nach dem Aufhören der Kriegskonjunktur keine großen Erträge abgeworfen, zumal in letzter Zeit macht die spanische Valuta ein Ausfuhrgeschäft so gut wie unmöglich. Es liegen aber die Rohstoffe, Erz und Kohle so günstig zueinander, daß über die Zukunft der spanischen Eisenindustrie das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Portugal besitzt Roteisensteinvorkommen, die größtenteils Schneider-Creusot gehören. Die Förderung ist noch gering. Sie betrug 1913 keine 50000 t. Von einer Eisenindustrie von Bedeutung kann hier noch nicht gesprochen werden, obwohl auch in Portugal die Vorkommen von Anthrazit und sonstigen Kohlen noch Zukunftsmöglichkeiten bieten. (Fortsetzung folgt.)

Dipl.-Ing. K. F. STEINMETZ:

BERUFSBERATUNG

Erste Sorge der Berufsverbände der Akademiker ist der übermäßige Andrang zum akademischen Studium. Die Zahl der Abiturienten der höheren Schulen ist noch im Steigen begriffen, und es ist bekannt, daß die Mehrzahl der Abiturienten zum akademischen Studium übergeht. Nun wird vielfach darauf hingewiesen, daß sich demnächst im Nachwuchs aller Berufe der Geburtenausfall während des Krieges bemerkbar machen wird. Und zwar so stark, daß man mit einem Mangel an Nachwuchs rechnen müsse. Die Geburtenzahl in Deutschland ist vom Jahre 1918 an wieder stark gestiegen und erst von 1920 an ist ein stetiger Abstieg zu verzeichnen. Eine fühlbare Entlastung der akademischen Berufe wird diese Erscheinung aber voraussichtlich nicht bringen. Zwar wird die Zahl der Abiturienten in vier Jahren (1933) beginnen sich zu verringern. Aber der jetzt schon vorhandene und der in den nächsten vier Jahren noch erzeugte Überschub an Akademikern, die in den praktischen Beruf eintreten, dürfte diese Lücke mehr als ausfüllen. Man soll daher, wie dies leider da und dort heute schon geschieht, nicht damit rechnen, daß sich in den kommenden Jahren das Problem der Überfüllung von selbst lösen wird.

Vielmehr muß es wichtige Aufgabe bleiben, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß der Andrang zum akademischen Studium gedrosselt wird. Irgendwelche Zwangsmaßnahmen, wie man sie verschiedentlich vorgeschlagen hat, scheiden aus. Es müßte erst eine absolut sichere Methode gefunden werden, die Berufseignung einwandfrei festzustellen. Daß die sogenannte Psychotechnik und ihre Methoden bei geistigen Berufen sichere Ergebnisse liefern, kann nicht behauptet werden, und man sollte sich vor solchen Experimenten hüten.

Man mag die Sache drehen und wenden wie man will, letzten Endes bleibt als einziges erfolgversprechendes Mittel eine zweckmäßig organisierte und ausgeübte Berufsberatung. Mit der bloßen Warnung vor dem Erreifen des Studiums ist es nicht getan. Die Berufsberatung muß vielmehr positiv arbeiten. Sie muß in erster Linie den Eltern und jungen Menschen zeigen, welche Anforderungen der Beruf an Geist und Körper stellt, welche Schwierigkeiten auf dem Wege zu überwinden sind und was den in den Beruf eintretenden Nachwuchs erwartet. Die Berufsberatung soll darauf hinwirken, daß sowohl die Eltern, wie die Söhne (und Töchter) ernstlich sich die Wahl des künftigen Berufes überlegen, daß eine eingehende Prüfung der Fähigkeiten und Neigungen vorgenommen wird, ehe sie einen Entschluß fassen. Auf der anderen Seite soll die Berufsberatung der akademischen Berufe aber auch gangbare Wege aufzeigen, die zu einem anderen Berufe führen, wenn die Erkenntnis reift, daß ein akademischer Beruf nicht ergriffen werden soll.

Der Ort der Berufsberatung ist zweckmäßig die höhere Schule selbst. Wünschenswert ist es, daß an jeder höheren Schule sich eine erfahrene aber auch für eine solche schwierige Aufgabe begeisterungsfähige Lehrkraft ständig zur Verfügung stelle. In ständiger Verbindung, in lebendigem Gedankenaustausch mit den akademischen Berufsverbänden stehend, würde dieser „Berufsberater“ segensreiche Arbeit leisten können und in Wahrheit ein Führer der Jugend sein. Daneben sollen die höheren Schulen es als eine besondere Pflicht erachten, durch regelmäßige Vorträge die Eltern und Schüler über die einzelnen Berufe zu unterrichten. Dazu sind zweckmäßig erfahrene Angehörige der betreffenden Berufe zu gewinnen.

Diese Wege einer Berufsberatung haben sicher einen größeren Wirkungsgrad als die behördlichen Ämter, welche im wesentlichen auch gar nicht für akademische Berufe

in Frage kommen, insbesondere aber nicht für akademisch-technische Berufe, die von seiten der amtlichen Berufsberater nicht übersehen werden.

Es ist nicht Neuland, das hier betreten wird. Bereits 1913 hat der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure diesen Weg eingeschlagen, und er konnte nur durch den Krieg zunächst nicht weiter beschritten werden. In erster Linie war es der Bezirksverein Frankfurt a. M., welcher mit den höheren Schulen dieser Stadt solche Vorträge anregte und durchführte. In Verbindung damit gab der Verband eine Berufsberatungsschrift über den akademischen Ingenieur heraus (Verfasser Dipl.-Ing. Carl Weihe, Frankfurt a. M., Verlag M. Krayn, Berlin).

Nach dem Kriege haben die akademischen Verbände, welche die Notwendigkeit einer praktischen Berufsberatung frühzeitig erkannten, diesem Tätigkeitsfeld besonderes Augenmerk gewidmet und damit die „Deutsche Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker E. V.“ betraut¹⁾. Diese Zentrale hat für alle akademischen Berufe Berufsführer („Merkblätter“) herausgegeben, die von besonderen Sachkennern der betreffenden Berufe nach einem einheitlichen Plan verfaßt wurden. So ist jedes dieser Merkblätter nach folgenden Gesichtspunkten gegliedert.

- I. Gegenstand des Berufes (Berufsfeld, Tätigkeitsfeld),
- II. Voraussetzungen für die Wahl des Berufes (körperliche, seelische, wissenschaftliche Anforderungen an den Berufsträger),
- III. Ausbildung (Studium, praktische Weiterbildung, Prüfungen),
- IV. Wirtschaftliches (Betätigungsmöglichkeiten, Angebot und Nachfrage, Berufsaussichten, Kosten des Studiums),
- V. Berufsorganisationen (Verbände, die für den betreffenden Beruf in Frage kommen),
- VI. Literatur (Zeitschriften usw. der Berufsorganisationen und für den Beruf und das Arbeitsgebiet),
- VII. Auskunft und Arbeitsvermittlung (für mündliche und schriftliche Beratung).

Die Merkblätter²⁾ erscheinen seit 1918 und sind seitdem durch Neubearbeitung immer auf zeitgemäßen Stand gebracht worden. Sie sollen die mündliche und individuelle Beratung nicht ersetzen; vielmehr sollen sie eine Einführung in den Beruf und Übersicht über die mit dem Beruf zusammenhängenden Fragen geben und zum ernsthaften Nachdenken und zur Selbstprüfung anregen. Seitens des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung werden die Merkblätter zur Anschaffung und Verwendung in den Schulen ausdrücklich empfohlen³⁾.

¹⁾ Vom Akademischen Hilfsbund und dem Deutschen Studentendienst 1914 errichtet. — Geschäftsführung Reg.-Rat Dr. Diel, Berlin W 62, Kurfürstenstr. 103.

²⁾ Verlag: Trowitzsch & Sohn, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 29. — Bezugspreis 0,30 RM je Merkblatt, freie Zusendung bei Voreinsendung des Betrages. — Bei Abnahme von 50 Stück 0,25 RM, 100 Stück und mehr 0,22 RM. — Herausgeber der Merkblätter ist Regierungsrat Dr. J. Diel, Berlin, in Verbindung mit Dr. Hugo Böttger, M. d. R.; Univ.-Prof. D. K. Dunkmann; Dr. med. K. Haedenkamp; Dr. med. dent. L. Hoffmann; Geh. Justiz- und Kammergerichtsrat Hauchecorne; Präsident des Prov.-Schul-Koll. Fr. Irmer; Dr. Fr. A. Pinkerneil, M. d. L.; Univ.-Prof. Prälat Dr. G. Schreiber, M. d. R.; Oberstudienrat Dr. E. Simon und Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz (die aufgeführten Herren bilden den derzeitigen Vorstand der Zentralstelle).

³⁾ Erlasse „U. III. B. 6223“ und „U. III. 4465 III. U. II. U. I.“ vom 26. 1. 1920 bzw. 21. II. 1926.

Entsprechend der starken Differenzierung des technischen Berufes ist die Zahl der diesen Beruf darstellenden Merkblätter gegenüber der für andere Berufe besonders groß. Nachstehend eine Übersicht dieser Merkblätter:

Gegenstand:	Verfasser:
Der Architekt	Oberbaurat Michaelis, Berlin.
Der Bauingenieur	Geh. Baurat Prof. Dr. de Thierry, Berlin.
Der Bergingenieur und Geologe	Prof. Max Krahnemann, Berlin.
Der Chemiker	Prof. Dr. H. Goldschmidt, Berlin, Prof. Dr. Rassow, Leipzig.
Der Elektroingenieur	Direktor Dr. Majerczik, Berlin.
Der Flugzeugingenieur	Ministerialrat Professor Dr. Everling, Berlin.
Der Gewerbeaufsichtsbeamte	Oberregierungs- u. Gewerberat Dr. Wenzel, Berlin.
Der Gewerbelehrer	Ministerialdirektor Prof. Dr. Kühne, Berlin.
Der höhere Reichsbahnbeamte	Reichsbahnrat Dr. Dr. H. Lohse, Berlin.
Der höhere Reichspostbeamte	Ministerialdirigent Ziegelasch, Berlin.
Der höhere technische Gemeindebeamte	Magistrats-Oberbaurat Dipl.-Ing. W. Schwenke, Berlin.
Der Hüttenmann	Direktor Dr.-Ing. E. H. Schulz, Dortmund, Dr.-Ing. M. W. Neufeld, Berlin.
Der Ingenieur	Professor Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. C. Matschoß, Berlin.
Der Lebensmittelchemiker	Prof. Dr. Bames, Berlin.
Der Markscheider	Geh. Bergrat Prof. Fuhrmann, Berlin.
Der Maschineningenieur	Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. A. Nachtweh, Hannover.
Der Patentanwalt	Patentanwalt Dipl.-Ing. Bertram, Patentanwalt Dr.-Ing. Boas, Berlin.
Der Schiffsmaschinen- und Schiffsbauingenieur	Prof. Dr. Laas, Dr. Pophanken, Berlin.
Der Techniker als höherer Staats- und Verwaltungsbeamter	Oberpostbaurat Echternach, Berlin.
Der Technische Physiker	Prof. Dr. Gehlhoff, Berlin.
Der Vermessungsingenieur	Oberlandmesser Blumenberg, Hannover.

Die übrigen Merkblätter behandeln „Theologie“, „Philologische Berufe“, „Medizin“, „Rechts- und Staatswissenschaften“, „Land- und Forstwirtschaft“, „Frauenberufe“, „Heer, Marine, Polizei“.

So hat die Zentralstelle in unermüdlicher und gründlicher Arbeit eine Übersicht über alle für den Abiturienten der höheren Schule in Frage kommenden Berufe geschaffen und wertvollste Unterlagen für die Berufswahl zur Verfügung gestellt. Es liegt an den zur Führung der Jugend berufenen Stellen, dieses Material auszuwerten zum Nutzen der neuen Generationen von Berufsträgern. Daß dies bisher nicht in einem durchaus im Interesse der Jugend liegenden Ausmaß geschehen ist, dürfte das weitere übermäßige Anwachsen des Zudränges zu den Hochschulen beweisen. Denn neben anderen Gründen ist zweifellos auch die mangelnde Aufklärung für diese Erscheinung verantwortlich zu machen. Der Vorstand der Zentralstelle hat deshalb eine groß angelegte Aufklärungsarbeit be-

schlossen und diese damit begonnen, daß die sämtlichen Merkblätter (z. Z. 85 Berufsdarstellungen) kostenlos an folgende Stellen versandt wurden (insgesamt über 300 000 Merkblätter!):

- a) an alle höheren Lehranstalten in Deutschland,
- b) an die Kreis- und Stadtschulinspektionen,
- c) an die deutschen Hochschulen,
- d) an die Schulabteilungen der Länderregierungen,
- e) an die Provinzial-Schulkollegien,
- f) an die Unterrichtsministerien der Länder.

Damit werden praktisch alle Schulen Deutschlands erfaßt und angeregt, sich stärker als bisher mit der Frage der Berufsberatung zu befassen.

Der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure hat bereits 1928 seine Bezirksvereine erneut auf die Pflege der Berufsberatung durch besondere Rundschreiben und Übersendung der Merkblätter hingewiesen. Zur Auswertung der von der Zentralstelle durchgeführten Aufklärungsarbeit ist es erforderlich, daß — wie das früher bereits durchgeführt — sich erfahrene Berufsträger den höheren Schulen bzw. den von diesen mit der Berufsberatung betrauten Lehrkräften zur Verfügung stellen zwecks Aufklärung, Auskunftserteilung und gegebenenfalls für Berufsvorträge. Soll die Berufsberatung Früchte tragen, so muß sie an der Quelle, aus der der Nachwuchs strömt, an den höheren Schulen ausgeübt werden. Es ist sicher eine schwere, aber eine dem Berufsidealismus der deutschen Akademiker liegende und in der akademischen Berufsauffassung begriffene Aufgabe!

Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure

Bei Arbeiten, die nach Zeitaufwand berechnet werden, sind in Ansatz zu bringen:
für Wartezeit, Reisezeit und Arbeitszeit für jede angefangene Stunde 8 RM., für die erste Stunde 20 RM.;
für Reiseaufwandsentschädigung je Tag 25 RM., mit Übernachtungen 35 RM.;
für Fahrgelder, Gepäckbeförderung u. ä. die baren Auslagen.

Mit der Aufzeigung der verschiedenen akademischen Berufsmöglichkeiten und der Aufklärung ist aber die Arbeit einer Berufsberatung nicht erschöpft und darf damit nicht begrenzt sein. Die Überfüllung der akademischen Berufe ist offensichtlich; nur der ausgesprochen für einen solchen Beruf begabte und geeignete Anwärter hat Aussicht, in dem Beruf zu einer befriedigenden Stellung bzw. Praxis zu kommen und sich einen Aufstieg zu eringen. Der großen Zahl der guten Durchschnittsbegabten müssen aber auch Wege gezeigt werden, die zu einem ihnen liegenden Beruf führen, der ohne akademisches Studium erreicht wird, Aufstiegsmöglichkeiten bietet, und dem Tüchtigen auch innere Befriedigung gewährt. Die Zentralstelle hat deshalb in den Bereich ihrer Arbeit neuerdings auch nichtakademische Berufe gezogen und mit der Herausgabe entsprechender Merkblätter (zunächst über „Werkberufe“) begonnen. Die Untersuchung solcher Berufsmöglichkeiten wird fortgesetzt, und diese Arbeit wird dazu beitragen, die Berufsberatung zu vervollkommen und ihr höchstmöglichen Wirkungsgrad zu geben.

Ein gewaltiges Stück Arbeit haben die Zentralstelle und die mit ihr arbeitenden akademischen Standesverbände geleistet; noch vieles bleibt zu tun übrig. Aber all diese Arbeit ist Stückwerk und muß es bleiben, wenn sie nicht durch die Mitarbeit der im praktischen Leben stehenden Berufsträger an den Quellen gestützt und verlebendigt wird!

Dipl.-Ing. CARL WEIHE:

BILDUNGSWERTE DER TECHNIK

I.

Die Reform des höheren Schulwesens in Preußen hat uns manches Unbedenkliche, aber noch mehr manches Bedenkliche gebracht. An einem aber ist sie vorübergegangen, und das ist die Berücksichtigung der Technik in der Schule. Wenn man auch im Laufe der Jahrzehnte in unserem, aus dem scholastischen Mittelalter geborenen und seine Eier-schalen bis heute noch herumtragenden Schulwesen manches geändert und namentlich auch bezüglich der Naturwissenschaften notgedrungen einige Konzessionen gemacht hat, so ist doch unsere Schule immer noch von der grundsätzlichen Einstellung beherrscht, daß die eigentliche Bildung nur über Sprache und Geschichte zu erwerben ist. Der ganze Schulbetrieb ist ein ewiges Zerren am Wort herum. Wir lernen drei oder gar vier Sprachen, von jeder natürlich nur etwas, ohne in die eigentliche Tiefe einzudringen oder auch nur eindringen zu können, und glauben dann, wenn wir recht viele Vokabeln und grammatische Regeln gelernt haben, die Bildung für uns in Anspruch nehmen zu können. Gewiß gibt es heute auch schon weitsichtige Schulmänner, die über diesen beschränkten Standpunkt hinausgekommen sind und die sich redlich bemühen, Schule und Schüler von diesen überlieferten Bildungs-idealen abzubringen, aber vielfach kämpfen sie noch vergeblich, denn die große Masse und namentlich die maßgebenden Kreise stehen immer noch unter dem Einfluß der alleinseligmachenden Sprachwissenschaft. Auch der Jurist, der ja, wie überall, in Schulfragen mitredet, sieht seine Lebensaufgabe vornehmlich in der Beherrschung des Wortes und in der Beeinflussung durch das Wort.

Da erscheint es dann wie eine Oase in einer unfruchtbaren Wüste, wenn ein Buch über „Bildungswerte der Technik“ aus Lehrerkreisen hervorgeht*). Der Verfasser H. Weinreich ist uns schon durch seine vielfachen Aufsätze über den pädagogischen Wert der Technik bekannt. Er hat seine Gedanken über dieses Thema in dem vorliegenden Buche übersichtlich und in klarer Weise zusammengestellt. Es ist allerdings heute immer noch ein gewagtes Unternehmen, der Technik Bildungswerte zuzusprechen, der Technik, die die allerwenigsten Leute verstehen und der man die allerschlimmsten Vorwürfe bezüglich ihrer Auswirkung auf den Menschen und die menschliche Gesellschaft gemacht hat.

Man wird natürlich gleich mit dem Einwand kommen, daß der Schüler heute in der Schule durch die vielen verschiedenen Fächer so überlastet ist, daß auch bei bestem Willen etwas Neues nicht mehr aufgenommen werden kann. Der Einwand ist vollkommen berechtigt, aber der Gedanke muß auch zu Ende gedacht werden. Spielt das große Gebiet, das die Technik darstellt und das auf die Entwicklung der menschlichen Kultur einen so ungeheuren Ein-

fluß gehabt hat, eine Rolle für die Erhaltung unseres Daseins und unseres Fortkommens, insbesondere auch in kultureller Beziehung, so muß eben die Zeit dafür gefunden werden, und zwar durch rücksichtsloses Streichen anderer Fächer, die für die Schule und vor allen Dingen auch für den Schüler bis zum Überdruß getrieben werden. Was würde es unserer sogenannten Bildung schaden, wenn eine oder zwei fremde Sprachen einfach gestrichen bzw. auf diejenigen Schüler beschränkt würden, die das Studium einer Sprache, und nicht ihre Handhabung, in ihrem späteren Beruf einmal brauchen. Die Handhabung der Sprache kann man ja in verhältnismäßig kurzer Zeit, und zwar am besten in dem betreffenden Lande selbst lernen, wofür Tausende und aber Tausende von Beispielen vorliegen. Wozu da der große Aufwand an Mühe und Zeit, der sehr häufig die vorhandenen Energien restlos verbraucht und den Betreffenden nachher in seinem Berufe nur als mittelmäßige Größe erscheinen läßt? Kein Geringerer als Wilhelm Ostwald hat auf diese sinnlose Energievergeudung schon vor Jahren warnend hingewiesen. In seinem Aufsatz „Grundsätzliches zur Geschichte der Technik“ kommt er kurz und treffend darauf noch einmal zurück*).

II.

Natürlich wäre es vollkommen verfehlt, in der Schule auch schon reine Technik zu lehren und sozusagen jeden Menschen zum „Techniker“ zu erziehen, wie er ja heute zum „Sprachkünstler“ erzogen wird. Das hieße von einem Extrem ins andere fallen. Das Richtige liegt, wie überall, auch hier in der Mitte. Es fehlt in der Schule das Verständnis für die Technik, die Erörterung der großen Entwicklungslinien, die durch die Technik hindurchgehen, eine Erörterung des Einflusses, den die Technik auf die Entwicklung der menschlichen Kultur gehabt hat. Würde hiervon die Schule etwas bringen, angeknüpft an die großen technischen Erfindungen und Arbeiten, die zu allen Zeiten von der Menschheit ausgeführt sind und die nicht nur, wie man so häufig meint, Produkte des letzten Jahrhunderts darstellen, so würde wohl ein ganz anderes Verständnis für die technische Arbeit erwachsen und damit wieder eine Förderung der Gesamtkultur unseres Volkes erreicht werden. Die heutige Kulturhöhe der Menschheit ist nicht durch die Erlernung von fremden Sprachen erreicht worden, sondern durch werktätiges Schaffen, das überhaupt erst die Daseinsbedingungen schafft und somit die Grundlage aller Kultur ist. Dazu kommt, daß man mit Behandlung derartiger Stoffe dem Schüler entgegenkommt, der in den allermeisten Fällen ein großes Interesse an technischen Dingen mitbringt, das aber künstlich durch den Schulbetrieb unterdrückt und vielfach als Allotria und Träumerei bezeichnet wird. Das Problem, das die Schule bisher noch nicht hat lösen können, nämlich dem Schüler auch wirkliche, aus Überzeugung herauskommende Freude an seiner Schularbeit zu geben, könnte vielleicht auf diesem Wege eine erste Lösung finden.

*) Bildungswerte der Technik. — Von Dr. H. Weinreich, Oberstudiendirektor in Stettin, 22 Abbildungen. — Berlin: VDI-Verlag G. m. b. H., 1928. — 151 S., geb. 7 RM.

*) Zeitschrift des V. d. I. 1929, Heft 1.

Dabei steckt in der Technik mehr Wissenschaft als sich der älteste unserer Altphilologen über seinen grammatischen Regeln träumen läßt. In den technischen Überlegungen ist eine Logik vorhanden, deren Richtigkeit durch die unerbittlichen Tatsachen erwiesen wird und die dem Menschen ein ganz anderes Denken und Auffassen der Welt ermöglicht, als das Auswendiglernen von irgendwelchen grammatischen Regeln, die doch nur deswegen bestehen, weil von ihnen jedesmal eine große Anzahl von Ausnahmen zu verzeichnen sind. Gedächtniskram auf der einen Seite und scharfes, folgerichtiges Denken mit unerbittlicher Prüfung durch die Wirklichkeit auf der anderen Seite stehen einander gegenüber, und wir wollen doch unserer Jugend gerade das Beste geben, das sie im praktischen Leben verwerten kann.

III.

Der Verfasser des vorliegenden Buches bekennt sich zu der Ansicht, die auch schon von Horneffer deutlich ausgesprochen ist, daß der Ingenieur im

Staatsleben unter die Führer und Erzieher des Volkes gehört und hier an erster Stelle zu stehen hat. Darum muß auch der Geist der Technik in die Schule eindringen, selbst wenn deshalb andere Fächer rücksichtslos zu streichen sind. Wir schließen uns den Worten an, die der Verfasser im Schlußkapitel ausspricht und für die alle Ingenieure unbedingt eintreten sollten:

„Unser ganzes Bildungswesen aber läuft Gefahr, in Wortwissen, Philologismus, Historismus und Ästhetizismus zu verflachen, wenn nicht der Ingenieur als Berater in Unterrichts- und Erziehungsfragen herangezogen wird. Zweierlei kann uns der Mann der Technik lehren: Einmal zeigt er uns die reale Welt, wie sie heute wirklich ist. Und zum anderen gibt er uns das leuchtende Vorbild eines Idealisten der Tat, der durch sein Denken und Schaffen der Menschheit dienen will und der sich anschiekt, auch für die Heilung oder doch Linderung der sozialen Schäden Mittel und Wege zu finden.“

LAPICIDA:

ZEITSPIEGEL

I

Schon immer war der Anzeigenteil einer Zeitschrift eine Fundgrube für Kuriosa. Auch die Stellenanzeigen in Fachzeitschriften geben vielfach Anlaß zur Heiterkeit, aber sie haben auch eine ernste Seite. Wenn ein Diplom-Ingenieur eine Stellung durch eine Anzeige sucht und glaubt, darin versichern zu müssen, daß er „Vollakademiker“ ist, so darf man wohl traurig den Kopf schütteln. Und wenn eine Baufirma für die Bauleitung einer „größeren industriellen Fabrik“ in der „Deutschen Bauzeitung“ einen „Architekten (Dipl.-Ing.) oder Maurermeister“ sucht, dann ist das zwar lächerlich und kann zur Heiterkeit stimmen, aber eine solche Heiterkeit ist nicht ganz ungetrübt, denn darin kommt nicht etwa nur eine völlige Unkenntnis der Verhältnisse zum Ausdruck, sondern eine Herabsetzung technisch-wissenschaftlicher Bildung und der Technischen Hochschulen in breiter Öffentlichkeit.

II

Herr Kasimir Edschmidt, ein Schriftsteller, der in der Öffentlichkeit bekannt ist, veröffentlichte im „Darmstädter Tageblatt“ Nr. 334, 1928, einen Aufsatz, den er „Söhne“ betitelte. In diesem verbreitet er sich über die Erscheinung, daß die Söhne großer, geistig hochstehender Männer im allgemeinen geistig nicht die gleiche Höhe erreichen. Das ist nicht neu und männiglich bekannt. Aber Herr Edschmidt gibt den „großen“ Vätern bzw. deren Söhnen einen Rat, der uns besonders angeht. Er sagt:

„Bestimmt ist es schwer, als Sohn eines in der geistigen Welt berühmten Vaters in eben demselben Geleise sich auf die Dauer durchzusetzen. Die großen Namen der Väter öffnen den Kindern wohl alle Türen, nur nicht diejenige einzige, die durch die eigene Berufung auf die Dauer geöffnet werden kann. Dagegen scheint das kolossal bewegte tätige Leben heute bereit, tausendfach die Kinder der großen Talente aufzunehmen. Die Natur kann sich hier erholen. Die Söhne geistiger Führer sollen Flieger, Brückenbauer und Elektroingenieure werden — das wäre ein ausgezeichnete Ausgleich für die geistige Rasse“*).

Also da haben wir technischen Akademiker es wieder! Was Technik und technische Wissenschaften, Technische Hochschulen! Herr Kasimir Edschmidt (in Wirklichkeit Karl Eduard Schmidt in Darmstadt) bescheinigt es uns, wofür sie geeignet sind: als „Atempause“, die „die Natur nötig hat, wenn sie in einem einzigen Falle geistig zu verschwenderisch gewesen ist“, wie es an anderer Stelle seines Artikels heißt. Die Technik, die technischen Wissenschaften sind Herrn Edschmidt, obschon er am Orte einer Technischen Hochschule lebt, fremd; aber mit der den Literaten oft eigenen Souveränität urteilt er über Dinge, die er nicht kennt, nicht versteht. Vielleicht meint er mit „Brückenbauer“ die Nietkolonne, versteht er unter „Elektroingenieure“ die Installateure, die ihm eine ausgebrannte Sicherung seiner Lichtleitung ersetzen.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite; das „Darmstädter Tageblatt“ ist in Darmstadt sehr verbreitet. In Darmstadt ist bekanntlich eine Technische Hochschule. Wir haben bisher nicht feststellen können, ob von seiten der Technischen Hochschule, die doch von Herrn Edschmidt in ihrem Ansehen und ihrer Wertung schwer getroffen wird, etwas unternommen wurde, um diese falschen Eindrücke in der Öffentlichkeit richtigzustellen.

Der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure führt seit vielen Jahren einen steten Kampf gegen die Geringschätzung der technischen Wissenschaften und auch der Technischen Hochschulen. Er wartet darauf, daß nun auch die Technischen Hochschulen das ihrige tun.

III

Herr Dr. Curtius, z. Zt. Reichswirtschaftsminister, hielt am 27. Januar 1929 in Mannheim eine Sonntagsrede, in der er u. a. sagte: „Der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit muß gefunden werden.“

Dieser Ausspruch ist zu einem Schlagwort jedes politischen Redners, gleichviel welcher Partei, geworden. Aber noch keiner hat gesagt, wie nun dieser „Ausgleich“ aussehen soll. Daß er auf dem Wege unserer heutigen Sozialpolitik nicht gefunden wird, das sollte denn doch allmählich offenkundig sein. Aber wenn es um Forderungen einer weiteren Ausdehnung dieser „Fürsorge“ geht, dann wird von den politischen Parteien dieser Irrweg ständig weiter beschritten.

*) Sperrdruck nicht im Original!

An Schlagworten haben wir keinen Mangel, auch in der Nachkriegszeit nie Mangel gehabt. Wir warten auf positive Arbeit im „Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit“!

IV

Das bekannte geringe Interesse, welches die breite Öffentlichkeit der Arbeit im Reichstag bzw. den im Reichstag gehaltenen Reden entgegenbringt, hat den Plan gezeugt, die Reichstagsreden durch den Rundfunk übertragen zu lassen. Man ist geneigt zu fragen, was dadurch gebessert werden soll: die Reden im Reichstag oder das schwindende Interesse des regierten Staatsbürgers? Und zu antworten: nichts von alledem; man wird damit nur das Interesse am Rundfunk vernichten und diesem selbst das Lebenslicht ausblasen.

V

In Zeitungen begegnet man neuerdings Verfassern, welche sich als „Dipl. rer. pol.“ bezeichnen. Was soll das heißen? Der gewöhnliche Staatsbürger kann sich nicht vorstellen, das dies eine Titulatur ist, welche Herren führen, die die „Hochschule für Kommunalverwaltung“ in Düsseldorf besucht haben. Natürlich hat diese Bezeichnung, wie die vielen anderen „Diplom-Titel“ rechtlich keine Grundlage. Zudem ist sie ja gänzlich sinnlos. Man kann sich ja schließlich unter einem „Diplom-Schuster“ etwas vorstellen, aber bei „Diplom-rerum-politicarum“ versagt das beste Vorstellungsvermögen. Hoffentlich wird bald eine „Hochschule für Rechtskunde“ aufgemacht, damit wir doch auch den „Dipl. jur.“ erleben, sowie eine „Hochschule für Heilkunde“, womit dann der noch vermißte „Dipl. med.“ auf den Plan tritt.

Sonderbare Blüten treibt die Sucht, den Akademiker vorzutauschen und den Laien Sand in die Augen zu streuen.

VI

„Weltfremde Rechtsprechung“ wirft die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 45a, 1929) dem Kammergericht vor. Zwei Urteile sind die Ursache des Vorwurfes, und der Tatbestand ist bei beiden derselbe: Ein Kraftfahrer kommt nach einer ihm fremden Stadt und weiß nicht, daß eine Straße nur nach einer Richtung bzw. ein Platz gar nicht befahren werden darf, weil keinerlei Richtungstafel oder sonstige Ankündigung darauf hinweist. Die freisprechende Entscheidung des Amtsgerichts hatte der Staatsanwalt angefochten, und das Kammergericht kam zur Verurteilung; denn: zweifellos bestehe eine Polizeiverordnung, und der Angeklagte hätte sich eben, wenn er schon nach dieser Stadt fährt, um die örtlichen Verordnungen kümmern müssen. Andererseits bestimme zwar die Kraftfahrzeugverkehrsordnung, daß auf Verbote und Beschränkungen durch Warnungstafeln hingewiesen werde, aber dabei handele es sich nur um eine Anweisung an die Verwaltungsbehörden. Kommt diese der Anweisung nicht nach, so sei trotzdem die betreffende Polizeiverordnung zu beachten.

Sicher eine „weltfremde Rechtsprechung“! Aber noch etwas anderes: Formaljurisprudenz, die sich verkehrsfreundlich auswirkt und auch jede wirtschaftliche Einsicht vermissen läßt. Was wurde hier nicht alles um eine Bagatelle in Bewegung gesetzt! Um eine Sache, die der Polizeibeamte mit einem Hinweis an die Kraftfahrer hätte erledigen können, wenn schon die „Verwaltungsbehörde“ nicht für notwendig hält, entsprechende Tafeln aufzustellen. Und drittens: unsere Rechtsprechung gewinnt nicht durch solche Urteile an Ansehen und Vertrauen.

VII

Der Außenhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages faßte in einer Sitzung am 1. Februar 1929 in Berlin eine Entschliebung über den Ausbau der zur Wahrung deutscher Wirtschaftsinteressen bestimmten amtlichen Auslandsmissionen. In ihr wird u. a. gesagt, daß

„an allen wichtigen Plätzen des Auslandes besonders hierfür geeignete und bestimmte Beamte auf lange Frist aufgestellt werden sollen, die insbesondere auch Gewähr für die noch weiter notwendige Verbesserung der wirtschaftlichen Berichterstattung nach Inhalt und Schnelligkeit geben.“

Dem kann man nur zustimmen. Aber diese Frage ist nicht bloß eine „kaufmännische“, sondern in weitem Ausmaß eine „technische“. Es erscheint unbedingt geboten, daß man den Botschaften und Gesandtschaften der Länder, die für unsere industrielle Entwicklung und für unsere industrielle Auslandsarbeit wichtig sind, geeignete Techniker ständig beigibt, die wirtschaftlich geschult sind, und die nach genügender Kenntnis von Land und Leuten unserer heimischen Wirtschaft die größten Dienste leisten würden, die auch das Auswanderungsproblem technisch gebildeter Kräfte studieren sollten und dafür wichtige Fingerzeige geben könnten.

VIII

Seit langem streben die Ärzte danach, daß der Ärztekammer ähnliche Befugnisse wie der Anwaltskammer verliehen werden, so daß die Kammer imstande ist, auf Entziehung der Approbation zu erkennen. Eine solche Angleichung der Rechte der Ärzte an die der Anwälte scheiterte bisher an dem Reichstag.

Das bisher geltende Recht wird seit langem sowohl von den Ärzten wie auch von der Allgemeinheit als durchaus unzulänglich empfunden. Die einmal erteilte Approbation kann nämlich nur in zwei Fällen zurückgenommen werden: einmal, wenn die Nachweise, welche zur Approbation geführt haben, sich als unrichtig erwiesen haben, und zum anderen, wenn dem Approbierten die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden. In letzterem Falle kann die Approbation auch für die Dauer dieser Aberkennung entzogen werden. Nunmehr hat das Ministerium der ärztlichen Standesvertretung zwei Vorschläge für die Änderung dieses Zustandes vorgelegt. Mit diesen Vorschlägen werden sich zunächst die Ärzte selbst zu befassen haben. Aber die Frage ist von so weittragender Bedeutung, daß auch die Öffentlichkeit nicht an ihr vorübergehen kann. Es wird abzuwarten sein, welche Vorschläge dem Gesetzgeber auf Grund der Gutachten der ärztlichen Standesvertretungen gemacht werden. Diese Vorschläge müssen einer eingehenden Würdigung in der Allgemeinheit unterzogen werden.

IX

Die in letzter Zeit sich häufenden Baueinstürze veranlaßten die „Frankfurter Zeitung“, den bekannten Betonfachmann Ingenieur Robert Maillart (Genf) um eine Äußerung zu bitten, die in Nr. 76, 1929 der genannten Zeitung veröffentlicht wurde. In seiner ausführlichen Darstellung kommt dieser Sachkenner zu dem Schluß, daß eine Verschärfung der bestehenden Baupolizeivorschriften kaum von Nutzen sein würde. Der Nachteil der Baupolizei sei, daß sie das Verantwortungsgefühl des Unternehmers und seines Technikers schwäche: „Der Bauherr sagt sich: wozu brauche ich einen teureren Ingenieur, da der Entwurf doch amtlich geprüft und korrigiert wird?“... „Staatliches Eingreifen in die Berufssphäre des Ingenieurs und Unternehmers ist kaum vom Guten. Dagegen sollte der Staat darüber wachen, daß zum Entwerfen und Ausführen von Bauten nur sorgfältig vorgebildete und erfahrene Ingenieure und Unternehmer zugelassen werden, die dann auch die volle Verantwortung zu tragen hätten.“

Die Ausführungen bzw. Schlußfolgerungen des Schweizer Ingenieurs sind jedenfalls beachtenswert und sollten einmal in den technischen Kreisen eingehend erörtert werden.

X

Daß unser Schlichtungswesen reif zu einer Überprüfung und Änderung ist, hat nicht erst der bekannte

Eisenkonflikt im Ruhrgebiet aufgezeigt. Hier ist das Bedürfnis zur Wandlung nur besonders offensichtlich zutage getreten, weshalb nun auch die Erörterung der „Reform“ stärker einzusetzen beginnt. So widmet die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (Berlin) dem Hauptteil ihrer Zeitschrift vom 1. Februar 1929 („Der Arbeitgeber“) der Schlichtungsreform. Allen Kreisen, die an dieser Frage interessiert sind, bieten die veröffentlichten Beiträge namhafter Sachkenner wichtiges Material.

XI

Der letzte Bericht des Staatlichen Leihamtes (Berlin) ist für die herrschende Not in Deutschland recht aufschlußreich. In die Augen fallend ist, daß die Arbeiterschaft in nur ganz geringem Maße das Leihamt in Anspruch nahm, und zwar waren von den rd. 153 000 Darlehnsuchern nur 5,4 v. H. Arbeiter, während beispielsweise selbständige Gewerbetreibende 25 v. H. und Angestellte 13 v. H. der Darlehnsucher ausmachten.

Daß der Bericht die „Ingenieure“ zu den „Angestellten“ schlechthin („kaufmännische und Büroangestellte, Handlungsgehilfen, Ingenieure, Techniker usw.“) rechnet, während weiterhin unterschieden wird die „Gruppe Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und andere wissenschaftliche Berufe“, nimmt den Kenner der Dinge nicht wunder. „Ingenieur“ und „Diplom-Ingenieur“, das ist kein Unterschied, beide zählen nicht zu „wissenschaftlichen Berufen“.

Und 1929 werden es 30 Jahre, seitdem die Technischen Hochschulen den Universitäten „gleichgestellt“ wurden. Davon hat weder die Bürokratie noch die breite Öffentlichkeit bis heute wirklich Kenntnis genommen.

XII

Über „Reparationsfragen“ sprach kürzlich auf einer Jubiläumstagung des genossenschaftlichen Giroverbandes der Dresdner Bank der Reichsminister a. D. Dr. Hermes und kritisierte u. a. die mangelnde Aktivität Deutschlands auf dem Gebiete der Reparationspolitik. „Es gibt keinen Berufsstand, dessen Lage und Aussichten nicht gerade davon abhängen, welche Lösung die Reparationsfrage jetzt finden wird.“

In der Tat ist es erstaunlich, welch geringes Echo diese Frage, welche über unsere Zukunft entscheidend sein wird, bisher in der Öffentlichkeit geweckt hat. Der Bericht von Parker Gilbert führt als Argument der Zahlungsfähigkeit und des wachsenden Wohlstandes an, daß die Einkommenshöhe der Arbeiterschaft weiter gestiegen ist. Auf wessen Kosten diese Steigerung, die sich nicht auf der natürlichen und Dauer garantierenden Lage der Wirtschaft aufbaut, erzielt wurde, darüber schweigt sich der Bericht aus. Man untersuche einmal die Lage der wissenschaftlichen Berufe, der „geistigen Arbeiter“, der höheren Beamten! Insbesondere der älteren, rücksichtslos aus dem Erwerbsleben ausgestoßenen Träger höherer Berufe.

BUCHBESPRECHUNGEN

Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie.

Jahrbuch des Vereins deutscher Ingenieure, herausgegeben von Conrad Matschoß, 18. Band, 1928. Berlin: V. D. I.-Verlag G. m. b. H. Geb. 10,— M.

Eine reiche Sammlung neuer und interessanter Beiträge. Schon an erster Stelle ist eine köstliche Abhandlung über die „Schwazer Bergwerke“ nach dem sogenannten „Estenhardtischen Codex“, der, in deutscher Sprache geschrieben, einen anschaulichen Einblick in die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse der „Perckwerche“ um 1556 gewährt. Der Tiroler Bergbau ging durch Raubbau seiner Erze Ende des 16. Jahrhunderts dem Verfall entgegen, da bei dem niederen Stand der damaligen Bergbautechnik vorzeitig aus Mangel an Erzen der Abbau nicht mehr rentabel war. Mit Recht wünscht der Verfasser, Oberbergdirektor Franz Mayer, München, daß die Zeit wiederkehren möge, die der alte Spruch bekräftigt: „Freit Euch. Ess ist am perckwerch Erstanden.“

An diese mehr kulturgeschichtliche Studie schließt sich eine zusammenfassende Betrachtung über die „Entwicklung der Elektrizitätsverwendung im Bergbau“ von Professor Dr.-Ing. Wilh. Philippi, Berlin.

Was soll man aus dem reichen Inhalt dieses Bandes noch hervorheben? Den Maschinenbauer fesselt besonders der Beitrag über „die Geschichte der Wasserkraftmaschinen“ von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Ernst Reichel, Berlin-Charlottenburg, der in gedrängter Form die wesentlichsten Entwicklungsformen der Wasserkraftmaschinen behandelt. Besonders nachahmenswert ist, daß die Köpfe der großen Schöpfer auf diesem Gebiet wie Ponçelet, Euler, Fournayron, Weißbach, Redtenbacher, Fink, Francis, Pelton und als Abschluß dieser hervorragenden Reihe Kaplan in den Text verstreut aufgenommen sind. Man möchte wünschen und empfehlen, daß diese Übung, die verdienstvollen Männer der Technik neben ihrem Werk zu zeigen — und sie sind uns ja zumeist noch so fremd — allgemeiner Brauch wird.

Auch auf unsere „wirtschaftliche Fertigung“ brauchen wir Gegenwärtigen uns nichts einzubilden. Dipl.-Ing. Ernst Marx, Weimar, zeigt am Beispiel der Herabsetzung der „Münz-Kosten“, wie vor 400 Jahren die heute betonten

Gedankengänge schon vorhanden waren, wie nötig es ist, daß „einer dem anderen seine Arbeit in die Hand gibt“, und daß „allezeit weiter nach mehrerem Vorteil je länger je besser nachgedacht werde“.

Diese Beispiele zeigen wiederum, worin der Wert dieser Aufsätze für den Ingenieur liegt. Das Versenken in das Denken und Fühlen der Vorgänger und Vorläufer wird stets eine Quelle neuer Anregungen sein und erzieht zur Dankbarkeit gegenüber jenen, die Jahrhunderte vor uns Pionierarbeit geleistet haben. In dieser Hinsicht spricht der gleiche Geist zu uns, ob wir aus der „Geschichte der Brille“ (von Prof. Dr. Moritz von Rohr, Jena) sehen, wie auch einfache Gebrauchsformen ihre lange Entwicklungszeit durchlaufen mußten, oder ob die „Anfänge der Dampfschiffahrt auf der Donau“ (Ing. Erich Kurtzel-Runtscheiner, Wien, und Dr. Karl Winiewicz, Wien) uns lehren, daß allezeit technische Arbeit gleichbedeutend war mit der Überwindung von Schwierigkeiten.

Dipl.-Ing. N. Stern, Frankfurt a. M.

Kometen über uns. Sehr gewagte Behauptungen. Von Regierungsbaumeister Dipl.-Ing. August Seboldt. 56 Seiten mit 44 Bildern. Selbstverlag: Halle a. d. S., Königstraße 18. 1928. Geheftet 3,— M.

Die Behauptungen des Verfassers sind wirklich sehr gewagt. Trotzdem sind die Gedanken, die sich ein Laie auf geologischem Gebiete macht, nicht uninteressant. Natürlich gerät er mit sämtlichen gegenwärtig herrschenden Vorstellungen über die Geschichte der Erde, die geologischen Zeitalter, die Bildung der Formationen, die Entstehung der Erdteile usw. in Konflikt. Man wird lebhaft erinnert an die phantasievollen Romane eines Jules Verne, der die kühnsten technischen und wissenschaftlichen Ideen und Pläne in die Gegenwart versetzte und dabei oft das Kopfschütteln seiner Zeitgenossen hervorrief. Wir, die wir jetzt eine Reihe von Jahrzehnten nach ihm leben, finden seine Ideen gar nicht mehr so abwegig, denn vieles, was damals wildeste Phantasie erschien, ist heute Wirklichkeit geworden, ja sogar vielfach überholt.

Legen wir an die vorliegenden Ausführungen über die Kometeneinschüsse in die Erde, den Mars und den Jupiter

einen ähnlichen Maßstab wie an die Romane eines Jules Verne! Wir kränken damit nicht die exakten Wissenschaftler mit ihren auf eingehenden Forschungen und Untersuchungen aufgebauten Theorien über Weltenbildung und Erdgeschichte und tun auf der anderen Seite dem Verfasser nicht Unrecht, dessen Schlußfolgerungen jedenfalls auf einer Unzahl von immerhin recht interessanten Beobachtungen fußen.

Die Schlußfolgerung über die Bildung der Erdteile durch Kometeneinschüsse ist jedenfalls eine neue Auflage einer Theorie der Erdbildung bzw. Erdteilbildung durch gewaltige Katastrophen der Erde, eine Theorie, die man eigentlich schon einmal vor hundert Jahren zu Grabe getragen hat.

Ni.

Neue Werkkunst. Neuere Arbeiten von Alfred Liebig.

Mit einer Einleitung von Dr. Egbert Delpy, Berlin W62: Friedrich Ernst Hübsch Verlag G. m. b. H., 59 S.

Das Buch enthält eine Reihe von Ausführungen und Entwürfen des durch seine Messebauten bekannten Leipziger Architekten Alfred Liebig. Bei allen Arbeiten dieses Künstlers vereinigt sich kraftvolle Linienführung mit dem Bestreben, den neuen fortschrittlichen Anschauungen in der Baukunst Rechnung zu tragen, ohne das Bisherige restlos aufzugeben. Vielleicht hat gerade dieser Kompromiß zwischen Altem und Neuem seinen eigenen Reiz, auch als Gegengewicht gegen die übertriebene Sachlichkeit, die heute vielfach propagiert wird. Die Architektur ist heute in einem Zwischenstadium der Entwicklung, das sicher noch nicht abgeschlossen ist, denn von einem festen neuzeitlichen Baustil kann man noch nicht sprechen. Sie steht noch allzusehr unter dem äußeren Druck der Not, der alles abzuweisen sucht, was irgendwie für die Ausschmückung beiträgt. Ob ein solcher Stil, der sich gern als sachlicher bezeichnet, wirklich das Endglied der Entwicklungsreihe sein wird, bleibe noch dahingestellt. Es wird vielleicht gehen wie überall, wenn man von einem Extrem ins andere fällt und die goldene Mittelstraße überschlägt.

Möglicherweise geben die Arbeiten Liebigs einen Untergrund ab, auf dem diese Mittelstraße gebaut und zum Ziele geführt werden kann. Natürlich ist letzten Endes alle Kunstauffassung Sache des Geschmacks, also ein Streitpunkt, der auch dem Faktor Zeit unterworfen ist.

Die Ausstattung des Buches ist außerordentlich vornehm und macht dem Verlag alle Ehre.

Dipl.-Ing. Carl Weihe, Frankfurt a. M.

100 Jahre Friedr. Thomée. 1827 bis 1927. Ein Festbuch. Bearbeitet von H. F. Thomée, Werdohl. Buchschmuck von Meinhard Jakoby, Mölln (Lauenburg). Bilder und Druck von Werbestatt Wiesemann, Hagen i. Westf. 153 S.

Es ist eine schöne Sitte geworden, daß die deutsche Industrie gelegentlich ihrer Jubiläen Festschriften herausgibt, die die Entwicklung des Werkes darstellen. Damit entstehen einzelne Beiträge zur Geschichte der Industrie und Technik, die mithelfen, das Gesamtbild des geschichtlichen Werdens zu übersehen und die gleichzeitig dem heutigen Geschlecht und dem späteren technischen Nachwuchs zeigen, aus wie kleinen Anfängen sich die Industrie entwickelt hat und mit welchen Widerständen sie zu kämpfen hatte. Jedes derartige Buch stellt ein kleines Heldenbuch dar, indem es vor Augen führt, wie die Gründer unserer Industrie mit Unermüdlichkeit und Ausdauer, mit alles überwindendem Mut und eiserner Energie sich und ihr Werk durchgesetzt haben. Jede dieser Industrien stellt auch einen Baustein zum Aufbau des Deutschen Reiches dar, denn erst aus dem technischen Schaffen konnte der Wohlstand entstehen, der das Reich hochgebracht und das Ansehen unseres Volkes vergrößert, leider auch den Neid des Auslandes geschürt hat.

Die vorliegende Festschrift kann ohne weiteres in diese Schriften eingereiht werden; sie gibt gleichzeitig einen

beachtenswerten Einblick in die Entwicklung der Eisenindustrie in Westfalen und ist mit sehr schönen Abbildungen, Kopfleisten und Schlußvignetten geschmückt, die das urkräftige Schaffen des arbeitenden Landes, „wo der Märker Eisen rekt“, widerspiegeln. C. W.

Angewandte Differential- und Integralrechnung.

Eine Einführung in die Grundgedanken neuzeitlicher Mathematik mit besonderer Berücksichtigung technisch-physikalischer Anwendungen.

Von A. Harnack (Studienbücher der Mathematik, der Naturwissenschaften und der Technik, Band 1). Berlin: Otto Salle, 1928.

Diese Darstellung der Infinitesimalrechnung dürfte äußerst geeignet sein, um den angehenden Ingenieur, dem es um ein wirkliches Verständnis der höheren Analysis zu tun ist, in diese Wissenschaft einzuführen. Die Darstellung ist überall anschaulich, vermeidet die äußerste Strenge abstrakter Beweisführung, wie sie für den Mathematiker unerlässlich ist, verfällt aber nirgends in den Fehler, über vorhandene Schwierigkeiten durch Scheinbeweise hinwegzutäuschen. Stofflich geht sie bis zu den Differentialgleichungen 2. Ordnung einschließlich. Ihr besonderer Wert für den Ingenieur liegt in der großen Zahl trefflich ausgewählter, gut vorbereiteter und durchgeführter Anwendungen aus den technisch-physikalischen Stoffgebieten.

M. Zacharias, Berlin.

Vom Werden der naturwissenschaftlichen Probleme.

Grundriß einer Geschichte der Naturwissenschaften von Dr. Friedrich Dannemann, Professor an der Universität Bonn. Mit 82 Abbildungen, zum größten Teil in Wiedergabe nach den Originalwerken. Leipzig, Verlag von Wilhelm Engelmann. 1928. 376 S., geb. 19,— M.

Der bekannte Verfasser des vierbändigen Werkes „Die Naturwissenschaften in ihrer Entwicklung und ihrem Zusammenhange“, auf das wir wiederholt hingewiesen haben (s. Z. V. D. D. I. 1921, S. 25; T. u. K., S. 44), hat jetzt den Inhalt dieses Werkes auf einen einzigen Band zusammengedrängt, um demjenigen, der zunächst einmal in die Geschichte der Naturwissenschaften eindringen will, eine abgekürzte Darstellung zu geben. Für weitere Forschungen ist natürlich das größere Werk unentbehrlich. Auch der Techniker wird diesem neuen Buch Beachtung schenken müssen, denn die Anwendung der naturwissenschaftlichen Probleme setzt auch ein gewisses Verständnis für ihre Entstehung und Entwicklung voraus. Außerdem finden sich auch in dem Buch, wie in dem größeren Werke, manche Hinweise auf die Entwicklungsgeschichte der Technik, die ja neuerdings bei den Ingenieuren immer mehr Beachtung findet.

Da das Buch die gesamten Naturwissenschaften umfaßt, also auch Chemie, Botanik und Zoologie, Astronomie usw. in seine Darstellung einschließt, so hat das Buch für den Techniker noch den besonderen Wert, ihn einmal über sein enges Fachgebiet hinausblicken zu lassen und sein Augenmerk auf die großen Zusammenhänge und die Berührungspunkte mit anderen Grenzgebieten zu richten.

Den Studierenden und den Schülern der oberen Klassen unserer höheren Lehranstalten sowie den naturwissenschaftlichen und mathematischen Lehrern sei das Buch besonders empfohlen, namentlich den Lehrern, um den Unterricht durch geschichtliche Hinweise zu beleben und zu vertiefen und den Schülern immer wieder auf die Notwendigkeit eines Einblicks in die Entstehung unserer Wissenschaften zu geben. Das Ringen der Menschheit um Erkenntnis mit seinen Erfolgen und Fehlschlägen ist immer ein guter Lehrmeister für die Gegenwart gewesen. Die Erkenntnis kann nur schrittweise und allmählich vor sich gehen, und die Geschichte kann uns lehren, wenigstens ungefähr die Richtung zu finden, in der die Forschung weiterzuschreiten hat.

Dipl.-Ing. Carl Weihe, Frankfurt a. M.

Die Entwicklung der elektrischen Lokomotiven und Triebwagen. Von Ing. F. X. Saurau, Bundesbahnpräsident a. D., Wien IX, Türkenstraße 9: Buchverlag „Vienna“ Rudolf Jannig. 192 S., eine Tafel, 78 Abbildungen, geh. 4,60 RM., geb. 5,60 RM.

Nach kurzem Überblick über die allgemeine geschichtliche Entwicklung und die ersten Anfänge elektrischer Bahnen in Österreich geht der Verfasser näher auf die ersten

elektrischen Vollbahnen in Österreich ein, um dann die Elektrisierung der österreichischen Bundesbahnen zu behandeln. Die Darstellung ist trotz ihrer Kürze so instruktiv, daß auch der Nichtfachmann einen ausgezeichneten Überblick über den Stand der Elektrisierung der Vollbahnen, besonders in Österreich, gewinnt. Das Buch ist jedem Eisenbahner zu empfehlen.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz.

Zur Reform der deutschen Technischen Hochschulen.

Wir geben nachstehenden Ausführungen in unserer Zeitschrift gerne Raum als einer Stimme aus den Kreisen der Studierenden der Technischen Hochschulen. Es ist erwünscht, daß die Studentenschaft sich noch aktiver als bisher mit der Frage der „Reform“ befasse; das würde der Klärung und der Verwirklichung nur dienlich sein.
Die Schriftleitung.

In gewaltiger Fülle hat sich der Lehrstoff angesammelt. Was noch vor wenigen Jahrzehnten neu war und von den Professoren der TH je nach ihrer individuellen Schätzung gelehrt oder nicht gelehrt wurde, stellt heute den festen und leider auch starren Bestand unserer Hochschulbildung dar. Was durch diese zuweilen sehr persönlichkeitsstarke Auswahl, Vorliebe, oder sagen wir ruhig, Begeisterung, der damaligen Jugend nahegebracht wurde, war also „lebendiges Wissen“, mit Interesse gegeben, mit Interesse empfangen. (Freilich, so war es aus anderen, heute nicht mehr aktuellen Gründen, nicht immer.) Das aber ist heute ein Standard, der in der Folge der Studentenjahrgänge in fast gleichbleibender Form diesen allen aufgezwungen wird: Eine Mühle — und fragen wir nicht, was sie verarbeitet und wie — —

Oder doch! Es gilt in diesem Augenblick immer wieder die Wahrheit zu sagen, und nicht die persönlichsten Rücksichten sollen uns hemmen: Mit dem Feuer einer nur jugendlichen Begeisterung — mit dem starken Wunsch, Erfüllung der Neigungen zu finden — mit einer stillen Vorliebe für grade diesen Beruf: mit solchen Gefühlen, das wird man sagen dürfen, betritt die Mehrheit und gewiß doch der bessere Teil unserer Studenten die Schwelle der Hochschule. Und diese beginnt ihre Tätigkeit, indem sie über alles Feuer wie selbstverständlich einen gehörigen Kübel Stickstoff ausleert, über alle, „Gute und Schlechte“. Aber die Besseren müssen darunter leiden, weil sie ihre Hoffnung getäuscht, ihre Berufsfreudigkeit in Zweifel gestellt sehen.

Dem Lernzwang der Höheren Schule entronnen, erkennen sie, daß sich Gleiches fortsetzt. Wen hätten in solchen ersten Wochen und Monaten die Examensgespräche der älteren Semester nicht entmutigt, aus denen zu erkennen war, daß es so weiter gehen wird! Neun Jahre Höhere Schule, das ist ein gerüttelt Maß; doch, sprechen wir hier nur von der Hochschule!

Die „akademische Freiheit“? Alles ist organisch, von der ersten Vorlesung an: Der Wissensschwall, der sich aufbäumt, schreit „Du mußt!“ Man denkt an die goldenen ersten Semester der Juristen. Ob bewußt oder unbewußt, ihre Lehrer, von Beruf Menschenkenner, lassen ihnen die Muße, sich leicht und unbewußt, wie von außen, dem Studium zu nähern. Das ist die bessere Psychologie!

Die Muße, die jeder Mensch braucht wie das Brot, muß sich der Ingenieurstudent stehlen!

Über 30 Stunden Vorlesungen und Übungen verlangen 30 Stunden Vor- und Nacharbeit! Oder wem erscheint es absurd, daß jeder, der den Stoff gewissenhaft, jedenfalls möglichst vollständig begreifen will, bei unserem Studium zu jeder Stunde eine Stunde Nebenarbeit benötigt zu Wiederholungen, Vorbereitungen, Zeichnungen, zum Einschreiben usw.? 10 Stunden täglich — semesterlang — und immer in den drei bis vier gleichbleibenden Teilgebieten, kann ohnehin niemand arbeiten.

Zu den Abstrichen, die also in der Natur der Einrichtung liegen, kommen die hinzu, die gestohlen werden: Jene

Stunden, die ganz anderen Dingen gewidmet und die überdüstert sind durch das Gewissen, das die „Pflichterfüllung“ fordert, Stunden, die aber doch nur zur eigentlich wünschenswerten Vervollkommnung der Persönlichkeit in irgendeiner Richtung dienen.

In diesen notwendigen Abstrichen an Zeit und in jener Erstickung des mitgebrachten Interesses liegt der „schlechte Wirkungsgrad“ des Studiums begründet, das in seiner Konzeption ohne diese Schädlinge gedacht ist.

Nicht aber nur ein eigentlich „unpraktisches“ System liegt hier vor, sondern auch dessen noch viel wichtigere Ergebnisse auf menschlichem Gebiet, die schon berührt wurden. Wer könnte heute anders, als im Sinne einer Phrase, von einer glücklichen, frohen Studentenzeit sprechen? Der Fall wird sogleich tragisch, wenn wir es anders ausdrücken: Damit ist entschieden, daß der zum schönsten vorausbestimmte Teil der Jugend, „die Jugend“ selbst durch sinnlosen Zwang der Institutionen verhärtet wird. Unendlich wertvolle, unwiederbringliche Güter von höchstem augenblicklichem und dauerndem Wert bleiben diesen Menschen im allgemeinen vorenthalten. Eine Zivilisation, von der wir täglich erfahren, daß sie eine „hohe“ ist, kann die Verkümmern der menschlichen, also höchsten Belange mit ansehen, kann mit ansehen, daß selbst durch ihre Opferung auf der anderen Seite auch nicht der geringste Vorteil erreicht wird, ja das Gegenteil!

Wohl gemerkt, es ist die Rede vom besseren Teil der Lernenden! Was die Mühle verläßt, ist leider der Typus eines seriösen, wissenbeladenen „Fachmanns“ — will sagen eines innerlich gealterten, um die höchsten Güter, die das Leben in der Zeit jener Jahre zu vergeben hat, betrogenen und eigentlich doch unerfahrenen Anfängers. Es gehört eine starke oder unempfindliche Natur dazu, wenn es irgendwie anders sein sollte.

Man halte mich nicht für einen Feind der Wissenschaft! Ich weiß sogar, daß besonders die schöpferische Wissenschaft, und damit ein großer Teil unserer Hochschullehrer, das ganze System der Aufbürdung für ebenso falsch hält, wie es die Studenten empfinden. Allein, sehr viele Einzelne sind ihrem Fach verhaftet und würden, befragt, notwendigerweise Einschränkungen nur für ihnen fernliegende Gebiete gelten lassen wollen.

In der Tat ist es außerordentlich schwierig, in das durch lange Erfahrung nun abgeschlossene, abgerundete Ineinandergreifen der Gebiete einzubrechen. Das Bestehen des in sich vollkommenen Standards, der sich herausgebildet hat und in den großen, hervorragenden Lehr- und Nachschlagebüchern aufgezeichnet steht, zwingt jedem Nachdenkenden Achtung ab. Die ihn bis zum letzten beherrschen, wollen uns als Virtuosen erscheinen, die wir bewundern und verehren. Niemand aber darf es Aufgabe sein, solche Virtuosen zu „züchten“! Es gäbe nicht die „unerfahrenen“ Absolventen, von denen die Rede war: Nur der kleinste Teil, nur gewissen Grundlagen und Ergebnisse aus dem Bereich dieses Wissens werden im Beruf dauernd verlangt und außerdem noch ein Überblick darüber. Das Studium ins einzelne — und das sei hier als „Spezialisierung“ bezeichnet — ist Sache der späteren Notwendigkeit. Wie unnützlich wäre es für einen Weltumsegler, der seinen Weg noch keineswegs genau kennt, alle Küsten, Inseln, Küstenstädte der Welt im voraus zu studieren, wenn er auf seiner Fahrt doch Zeit genug finden wird, das spezielle Studium der berührten Gegenden vorzunehmen! Weiß

er nur in seinen Reisebeschreibungen, Karten und Atlanten so gut Bescheid, daß er in jedem Augenblick die richtigen Quellen findet und sie richtig auswertet!

Stud. ing. Heinz Krieger, München.

Aufwertung von alten Lebensversicherungen.

Nach einer Veröffentlichung in der Zeitschrift des Deutschen Versicherungs-Schutzverbandes „Die Versicherungspraxis“ (Nr. 1-1929) liegen z. Z. von folgenden Lebensversicherungs-Gesellschaften Teilungspläne vor, die zum größten Teil bereits von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden sind. Die aufgeführten Aufwertungsquoten verstehen sich auf die in Goldmark umgerechneten Prämienreserven.

Aufwertung bei der	v. H.
A.-G. für Lebens- und Rentenversicherung, vormals Nordstern Lebensversicherungs-A.-G. einschließlich Teutonia Versicherungs-A.-G., Schlesische Lebensversicherungs-A.-G., Vaterländische Lebensversicherungs-A.-G.	12,5
Allgemeine Rentenanstalt, Stuttgart	15
Alte und Neue Stuttgarter	17
Leipziger Lebensversicherungs-A.-G. und Leipziger Lebensversicherungs-Ges. a. G. (Alte Leipziger)	22,5
Bayerische Beamten-Versicherungs-Anstalt	10,5
Concordia Cölnische Lebensversicherungs-Ges.	15
Concordia Lebensversicherungsbank A.-G.	15
Deutsche Lebensversicherung Potsdam a. G.	10
Friedrich-Wilhelm Lebensversicherungs-A.-G.	19
für den „Kriegerbund“	22,5
Germania Lebens-Versicherungs-A.-G., Stettin ...	13,5
Gisela-Verein Wien und Wiener Allianz	9
Gladbacher Lebensversicherungs Bank A.-G.	12,2
Gothaer Lebensversicherungs-Bank a. G.	16,5
Hamburg-Mannheimer Versicherungs-A.-G., Hamburg	9
Iduna, Lebensversicherungs-Bank, Berlin	15
Karlsruher Lebensversicherung a. G. und Karlsruher Lebensversicherungs-Bank A.-G.	16,5
Lebensversicherungs-Anstalt Hessen-Nassau	10
Leo, Volksversicherungs-Bank	10
Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft ..	17
Preußischer Beamten-Verein, Hannover	20,45
Provinzial-Lebensversicherungs-Anstalt, Westpr. ..	10
Rothenburger Lebensversicherung-A.-G.	9,5
Spandauer Lebensversicherungs-A.-G., Spandau ..	12,4
Vereinigte Berlinische und Preußische Lebensversicherungs-A.-G.	16
Volksfürsorge, Hamburg	11,4
Württembergischer Versicherungs-Verein a. G.	15

Argus.

Die eine Stimme.

I.

Vielfach unbekannt oder wieder vergessen ist der Vorgang, der sich im verfassunggebenden nordamerikanischen Kongreß seinerzeit abgespielt hat, als über die künftige Staatssprache der Vereinigten Staaten von Amerika entschieden wurde. Zur Entscheidung stand, ob es die deutsche oder die englische Sprache sein sollte. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für die englische Sprache, aber diese Mehrheit betrug nur eine Stimme!

II.

Diese eine Stimme Mehrheit entschied nicht nur das Schicksal eines Volkes, sie bedeutete zweifellos Völkerschicksale und — wie wir heute wissen — unser Schicksal. Die Geschichte hätte einen anderen Verlauf genommen, wenn diese eine Stimme Mehrheit für die deutsche Sprache vorhanden gewesen wäre.

Und dieser Vorgang sollte stets die größte Beachtung finden, aus der Vergangenheit soll man lernen.

III.

Soll man lernen, daß es auch bei großen Entscheidungen auf eine Stimme, daß es auch auf den einzelnen ankommt! Viel zu wenig wird das bei uns gewürdigt, viel zu viel verlassen „wir“ uns immer auf die „anderen“.

Und auch das Schicksal der Diplom-Ingenieure würde sich zu ihren Gunsten entscheiden, wenn sie alle von dem Bewußtsein erfüllt wären: es kommt auf jeden einzelnen an, eine Stimme kann den Ausschlag geben!

Longinus.

Das Problem der Arbeitsfreude.

Auf der Jahresversammlung des Düsseldorfer Arbeitgeberverbandes wies Dr.-Ing. Krieger darauf hin, daß das „Problem der Arbeitsfreude“ nicht ausschließlich durch materielle Mittel gelöst werden könne, sondern diese müßten durch geistige und ideelle Werte ergänzt werden. Vor allen Dingen müßte man erwarten, daß dem Arbeiter die Freude an der Arbeit nicht durch tendenziöse Vertiefung der sozialen Gegensätze genommen werde.

Daß die „Berufsfreude“ (wie es richtiger heißen sollte) im weiteren Schwinden begriffen ist, bedarf keines Beweises. Die Gründe im einzelnen dafür zu erörtern, würde hier zu weit führen, sie liegen zu einem guten Teile auch auf politischem Gebiete. Sicher ist dieses Problem nicht eine Funktion bloß der Lohnfrage. Denn da unbestritten die Löhne vielfach über dem Reallohn der Vorkriegszeit liegen, müßte zum wenigsten kein weiteres Schwinden dieser Berufsfreude festzustellen sein. „Materiell“ bleibt das Problem aber insofern, als dem Arbeiter, auch dem Tüchtigen, die Aussicht auf „Vorwärtskommen“ in weitem Ausmaß genommen ist. Es liegt tief in der menschlichen Natur: das Streben nach eigenem Besitz, und dieses Streben steckt in jedem Menschen; mag es auch zeitweise überdeckt sein durch die Suggestion soziologischer oder politischer Phraseologie, es wird immer wieder aus dem Unterbewußtsein an die Oberfläche kommen. Gebt dem Arbeiter, dem tüchtigen und fleißigen, die Möglichkeit zur Erschaffung von Eigenbesitz durch seine Arbeit; gebt ihm diese Aussicht auf „Vorwärtskommen“ und Aufwärtsentwicklung seiner Familie, seiner Söhne und Töchter: dann wird der deutsche Arbeiter in wenigen Generationen sich nicht mehr in seiner Einstellung vom amerikanischen Arbeiter unterscheiden. Er wird, wie der Amerikaner, den gleichen „herzerfrischenden Schicksaloptimismus“ haben, von dem Dr.-Ing. Krieger sprach.

Das Mittel dazu, zur Wiederherstellung der Berufsfreude, ist nicht in erster Linie die Steigerung der Löhne. Diese ist und bleibt eine Funktion der Lage der Wirtschaft. Sondern: eine Umkehr von dem Irrweg der heutigen Sozialpolitik. Dazu an ideellen „Werten“ das, was wir „geistige Demokratie“ nennen wollen: die Ein- und Wertschätzung als Individuum, nicht als Nummer in der „Kollektivabmachung“, nicht das „Alle-über-einen-Leisten-schlagen“!

Was für den Arbeiter gilt, trifft auch für die Angestellten zu. Darauf ist schon einmal in dieser Zeitschrift*) treffend hingewiesen worden.

Carolus.

„Kommerzienrat und Ingenieur.“

Nach einem Bericht in der „Vossischen Zeitung“ vom 15. Februar 1929 verhandelte das Schöffengericht des Amtsgericht Berlin-Mitte eine Betrugssache, in welcher als Hauptzeuge ein „Kommerzienrat und Ingenieur“ auftrat, der in Zeitungsanzeigen sich erbot, auf Geldforderungen Vorschüsse zu leisten. Der Sachverhalt der Verhandlung interessiert hier nicht, uns interessiert nur dieser Zeuge. Über ihn sagt der Zeitungsbericht:

*) K. F. Steinmetz: Gesinnung! — T. u. K., Z. d. VDDI 1928, Seite 197.

„Das Gericht verhörte nun als wichtigsten Zeugen den Kommerzienrat und Ingenieur, einen älteren, würdigen Mann mit grauem Haar und einer goldenen Brille auf der Nase. Er sagte aus: Kommerzienrat sei er durch den Großherzog von Sachsen-Weimar. Ingenieur sei er nicht in dem Sinne, daß er ein Diplom besitze, jedoch insofern, als er seit vielen Jahren dem Verein deutscher Ingenieure angehöre.“

Böse Zungen haben früher schon behauptet, daß die Mitgliedschaft beim Verein deutscher Ingenieure dazu benutzt werde, sich als Ingenieur auszugeben. Der „Kommerzienrat und Ingenieur“ gibt diesen Zungen recht.

Argus.

Besuchsübersicht der Technischen Hochschule in Berlin.

Die Technische Hochschule Berlin legt die statistische Erfassung ihrer Studierenden, Hörer und Gastteilnehmer im Winterhalbjahr 1928/29 vor. Ein Vergleich mit der Übersicht für das Winterhalbjahr 1927/28 ergibt folgendes:

	1927/28	1928/29
Zahl der männl. Studierenden.....	4631	5004
Zahl der weibl. „	41	53
Zahl der beurlaubten „	532	756
Gesamtzahl der Immatrikulierten ..	5204	5813

Die Gesamtzahl der Besucher (Studierende, Hörer und Gastteilnehmer) beträgt 6467, davon 139 Frauen (1927/28: 5937, davon 136 Frauen).

Danach ist die Zahl der Studierenden im laufenden Semester gestiegen um 385 Studierende; im Sommersemester 1928 betrug die Zahl der Studierenden 4625 (davon 53 Frauen). Für die Beurteilung der Lage ist der Neuzugang wesentlich. Für das WS 1928/29 wurden neuimmatrikuliert 938 (davon 13 Frauen) wieder immatrikuliert 64 (davon 3 Frauen)

Gesamtzugang 1002 (davon 16 Frauen)

Im WS 1927/28 wurden 977 neuimmatrikuliert, so daß ein nicht nennenswerter Rückgang im Zustrom zur TH Berlin festzustellen ist. Der Unterschied zwischen der Zahl der Neuimmatrikulierten WS 1928/29 und 1927/28 beträgt nur 39 Studierende.

Die Verteilung der Studierenden auf die einzelnen Studienjahre ist folgende: es studierten im

1. Studienjahr	1031 (davon 21 Frauen)
2. „	982 (davon 14 Frauen)
3. „	954 (davon 2 Frauen)
4. „	918 (davon 8 Frauen)
in höheren Studienjahren	1172 (davon 8 Frauen)

Die Verteilung auf die Fakultäten ergibt folgendes Bild (zugleich im Vergleich mit WS 1927/28):

	1927/28	1928/29
Allgemeine Wissenschaften ...	203	291**)
Bauwesen: a) Architektur	344	445
b) Bauingenieurwes.	667	577
c) Geodäsie	—	1011 297 1319
Maschinen- a) Maschinenbau ...	1429	1350
wesen: b) Elektro	1071	1171
c) Schiffbau	74	91
d) Schiffsmasch.	233	68
e) Luftfahrzeuge ...	—	2807 170 2850
Stoffwirt- a) Chemie	290	295
schaft b) Hüttenkunde	126	118
c) Bergbau	235	651 184 597
	4672	5057

Wesentliche Änderungen in der Frequenz der Fakultäten sind sonach nicht zu verzeichnen. Nach wie vor ist die

*) Vgl. T. u. K., Z. d. VDDI, 1928, Seite 22 und 135.

**) Hiervon in der Abteilung Wirtschaftswissenschaften 122 Studierende.

Abteilung Maschinenwesen stark übersetzt. Der überwiegende Teil der Besuchervermehrung entfällt auf die Fakultät Bauwesen.

Über die Vorbildung der Neuimmatrikulierten gibt nachstehende Übersicht Aufschluß (Zahlen in v. H. der Gesamtzahl des Neuzuganges):

	WS 1927/28	SS 1928	WS 1928/29
a) Gymnasium	32	27,5	27,5
b) Realgymnasium	29,6	28,2	27,4
c) Oberrealschule	29,7	34	32,4
d) Gewerbeakad. Chemnitz i. Sa.	0,2	0,5	0,53
e) Ausland	7,6	7,4	11
f) Fachschulen, Begabtenprüf.	0,9	1,4	0,53
g) Deutsche Oberschule	—	0,3	0,426
h) Oberlyzeum	—	0,7	0,214
	100	100	100

Gegenüber dem WS 1927/28 ist, wie schon beim SS 1928, im WS 1928/29 ein Rückgang der Absolventen der Gymnasialanstalten festzustellen, während die Oberrealschule und die Gewerbeakademie Chemnitz an Boden gewonnen haben. Ob diese Erscheinung als günstig oder ungünstig beurteilt werden muß, darüber sind die Meinungen sehr geteilt.

Es ist sehr zu wünschen, daß alle TH und BA laufend statistische Untersuchungen, und zwar nach einheitlichem Schema, herausgeben.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz.

Entschleierung.

I.

Die Christlichen Gewerkschaften, als deren Führer Stegerwald bekannt ist, bilden die zweitstärkste Säule der deutschen Gewerkschaften. Sie führen gegenüber den Freien Gewerkschaften gerne ins Treffen, daß ihre Bewegung „christlich-national“ sei, und Stegerwald hat vielfach betont, daß die „Volksgemeinschaft“ das besondere Ziel des großen Gewerkschaftsbundes ist. Daß die Christlichen Gewerkschaften in der Hauptsache eine Stütze der Zentrumsparterie sind, ist ebenso bekannt wie die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei ihr Fundament in den Freien Gewerkschaften hat.

Der Parteitag des Zentrums im verflossenen Jahr hat nun einen starken Zwiespalt zwischen Christlichen Gewerkschaften und ihrer politischen Partei aufgezeigt. Der Riß scheint inzwischen noch breiter geworden zu sein. Man hört von der Errichtung einer besonderen „Gewerkschaftspartei“ unter Führung von Stegerwald. Ein Schrittmacher dazu dürfte die Absicht sein, im deutschen Westen (wo die Christlichen Gewerkschaften ihren stärksten Rückhalt haben) eine eigene große Presse zu schaffen, weil man die führende rheinische Zentrumspresse nicht mehr als Vertreterin der Bewegung betrachte.

II.

Schon öfter zeigte sich, daß bei Arbeitsstreitigkeiten die Christlichen Gewerkschaften in ihren Forderungen hinter denen anderer Richtungen nicht zurückstanden. Nun hat der Streit im Zentrumslager mittelbar zu einer Entschleierung des wirklichen Kernes der Christlichen Gewerkschaften geführt.

In der „Kölnischen Zeitung“ (25a, 1929) ist eine Zusage „von unterrichteter, den Christlichen Gewerkschaften sehr nahestehender Seite“ veröffentlicht, und wir entnehmen dieser Zusage folgende Ausführungen:

„Die Auseinandersetzungen innerhalb der Zentrumsparterie werden zurzeit mit besonderer Heftigkeit geführt. Die Gewerkschaften kämpfen nach wie vor für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen; in diesem Kampf sind Erfolge, also eine Hebung der Lebenslage der Arbeiterschaft, angesichts der im Effekt immerhin beschränkten Wirtschaft nur auf Kosten anderer Berufsschichten möglich. Das ist der

Kernpunkt aller Auseinandersetzungen, zugleich ein Ausschnitt aus dem Gesamtkampf der deutschen Arbeiterschaft, der sich aber im Zentrum darum besonders stark auswirkt, weil in den Arbeiterkreisen, die sich zu ihm bisher bekennen, die Erkenntnis am weitesten fortgeschritten ist, daß nur durch eine nüchterne, zielbewußt und ohne Phrasen arbeitende Gewerkschaftsbewegung, die sich nicht scheut, auch ins Politische vorzustoßen, eine Abkehr von den jetzigen Zuständen, eine Besserung der Lage der Arbeiterschaft erreicht werden kann.“

III.

Was hier von seiten der Christlichen Gewerkschaften offenbart wird, ist gut, denn es schafft Klarheit darüber, wo die Reise hingehen soll. Hören wir, was dazu die „Kölnische Zeitung“ selbst zu sagen hat:

„Der soziale Friede im allgemeinen und der Erfolg der deutschen Sozialpolitik im besonderen hängen in hohem Grade davon ab, daß in Zeiten, wo wirtschaftliche Notwendigkeiten dem ungeduldigen Aufstiegs willen einzelner Gruppen Grenzen setzen, eben nicht auf Kosten anderer Berufsschichten eine Besserstellung erzwungen wird. Das läuft nicht auf ‚Demokratie, sondern auf eine gemilderte, aber doch deutliche Diktatur des Proletariats‘ hinaus. Was sollen Schichten, wie z. B. der sehr notleidende Bauernstand und andre Berufsgruppen, die es zurzeit wirklich nötiger haben als die gewerkschaftsmächtige und schlichtungsbetrente Arbeiterschaft, zu einer solch unverblühten Art Interessenpolitik sagen? So sind auch diese Äußerungen wieder ein Beweis, für die starke Radikalisierung der Christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren, einer Bewegung, die immer das Wort Gemeinschaft, Demokratie und Berufsethos im Munde führt. Wir fragen: Wie verträgt es sich mit dieser Volksgemeinschaftsparole, wenn man ohne Wimperzucken bekennt, man wisse wohl darum, daß die eigne Politik nur auf Kosten anderer Berufsschichten möglich sei.“

IV.

Den Ausführungen der Kölnischen Zeitung ist an und für sich nichts hinzuzufügen, sie treffen den Nagel auf den Kopf. Es ist nur daran zu erinnern, daß gerade die akademischen Berufsstände in der Inflationszeit die Leidtragenden dieser Politik auf Kosten anderer mit an erster Stelle waren und es zu einem guten Teil heute noch sind.

Die Entschleierung der Politik der Christlichen Gewerkschaften dürfte manchem Illusionisten die Augen öffnen darüber, was von der Massenbewegung zu erwarten ist, aber auch darüber, wo letzten Endes die Verfechtung rein wirtschaftlicher Interessen folgerichtig enden muß.

V.

In diesem Zusammenhang ist auch beachtenswert und lehrreich, welche Stellung die Christlichen Gewerkschaften zu den Steuerprojekten einnehmen, insbesondere zu der „Erbchaftssteuer“ die einen wesentlichen Teil des Defizits des Reichshaushalts decken soll. „Der Deutsche“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften, meint: „Sollte wirklich auf eine schärfere steuerliche Erfassung des Erbes verzichtet werden, so bedeutet das höchstens die Anerkennung von im Augenblick tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten, aber nicht einen endgültigen Verzicht auf den Ausbau dieser Steuer.“

Schließlich bedeutet eine weitere verschärfte Erfassung des Erbes die Vernichtung des Eigentums, die Ertötung des Spartriebes, die Unterbindung der Kapitalbildung und den weiteren Fortschritt der Proletarisierung. In Verbindung mit falsch verstandener und falsch durchgeführter Sozialpolitik wird der „Ausbau“ der Erbschaftssteuer dem Endziel des Sozialismus uns um ein gutes Stück näher bringen.

Der langjährige Führer im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, der den Kern der Angestellten-gewerkschaften im Christlichen Gewerkschaftsbund bildet, Gustav Hartz, sagt in seinem Buche „Irrwege der deutschen Sozialpolitik“:

„Schafft dem Arbeiter wieder Eigenbesitz, gebt ihm die materiellen Voraussetzungen, daß er der deutschen Kulturgüter wieder teilhaftig werden kann, und macht ihn dann zum Träger deutscher Volkskultur.“

Dem ist nur hinzuzufügen, daß „Arbeiter“ im weitesten Sinne zu verstehen ist.

VI.

Die „Soziale Frage“ ist nicht zu lösen durch staatliche Fürsorge und Versicherungen, und seien diese auch noch so ausgedehnt und noch so umfassend. Restlos gelöst wird sie überhaupt nicht werden, man kann nur streben, der „Lösung“ möglichst nahe zu kommen. Und am Anfang der Lösung steht zweifellos die Grundfrage: die Schaffung von Privatbesitz. Davon entfernen wir uns aber immer weiter durch die falsche „Sozialpolitik“ einerseits, zum andern durch die fortschreitende Enterbung infolge „Ausbau“ der Erbschaftssteuer. Daß die Freien Gewerkschaften und die Christlichen Gewerkschaften hierin in gleicher Richtung marschieren, muß bedenklich stimmen.
Dipl.-Ing. Fried.

Sozialpolitik.

I.

„Wir haben ein Jahr schwerster lohnpolitischer Kämpfe hinter uns, wie sie in diesem Umfange in unserem Unternehmen bisher niemals zu verzeichnen waren. Vier Wochen Streik auf dem Grusonwerk, drei Monate Streik auf der Germaniawerft, mehr als vier Wochen Aussperrung in Essen und Rheinhausen. Das ist die traurige sozialpolitische Bilanz des Jahres 1928!“

Herr Krupp v. Bohlen und Halbach, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Fried. Krupp Aktiengesellschaft, sagte so auf der Hauptversammlung der Firma.

II.

Herr v. Bohlen führte aber auch folgendes aus: Steuern und soziale Abgaben sind von 24,4 in 1927 auf 30,2 Millionen gestiegen, hierzu kommen freiwillige Wohlfahrtsausgaben, womit die Gesamtbelastung der Firma auf rd. 36 Millionen gestiegen ist.

Die Durchschnittslöhne sind in den Bergbaubetrieben der Firma seit 1924 um 85 v. H., in den Eisenwerken um 78 v. H. gestiegen. Schon seit längerer Zeit haben die Löhne den Friedensreallohn überschritten. Außerdem hat die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer neuen Steigerung der Selbstkosten geführt.

III.

In der sozialen Fürsorge, insbesondere für die Massen, ist Deutschland vor dem Kriege allen Ländern weit voran gewesen, und es war dies unser Stolz. Nach dem Kriege haben wir die soziale Fürsorge im Eilzugtempo weiter ausgebaut. Kein Land der Erde hat ein so ausgedehntes Fürsorge- und Versorgungssystem wie Deutschland.

Und trotzdem diese traurige sozialpolitische Bilanz des Jahres 1928?

Zwingend ist der Schluß: Bei dieser Rechnung stimmt etwas nicht!

IV.

Verständlich wäre diese „Bilanz“, wenn bei steigender Konjunktur, steigender Rentabilität der Betriebe, steigenden Dividenden gleichzeitig die Löhne gesunken (oder nicht gestiegen) wären, und die Arbeitsbedingungen sich verschlechtert hätten.

Herr v. Bohlen sagte aber (und das gilt für die gesamte Industrie), daß es nicht zu verstehen ist, daß in einer Zeit

absinkender Konjunktur die Vertreter der Arbeiterschaft die größten Lohnforderungen stellten, und daß die staatlichen Behörden diese in weitem Umfange für gerechtfertigt erklärten.

V.

Nicht zu verstehen? Das Vorgehen der „Vertreter der Arbeiterschaft“ und der „staatlichen Behörden“ ist durchaus folgerichtig und zielbewußt. Es kommt gar nicht auf die Erzielung des sozialen Friedens durch eine Gemeinschaftsarbeit in der Industrie an, es geht um die wirtschaftliche und politische Alleinherrschaft. Auf diesem Wege sind die Schlagworte: „Soziallohn“, „Kulturlohn“ und jetzt „politischer Lohn“ Meilensteine.

VI.

Und die Sozialpolitik? Nun: „Die soziale Wunde am Körper des deutschen Volkes muß offengehalten werden.“ Dies Wort von Bebel ist immer Grundsatz geblieben. Daß unsere heutige Form der Sozialpolitik nicht zur Befriedung führt, haben die zehn Jahre seit Kriegsende mehr als bewiesen. Diese Sozialpolitik ist ein Irrweg, der aber bewußt weitergegangen wird, weil er mithilft, das erstrebte Ziel zu erreichen.

Dipl.-Ing. Kaefes.

Die Inflation der „Doktorwürdigen“.

Mit dieser Überschrift versieht Herr Heinz Kornung einen Artikel in „Bildung und Unterricht“ Nr. 2, 1929, der Beilage zur „Deutschen Techniker-Zeitung“ (Organ des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Butab). Der Verfasser führt wörtlich folgendes aus:

Die deutsche Republik wird von einer neuen Inflation heimgesucht. Diesmal ist es eine geistige und echt deutsche Inflation (psychologisch und soziologisch gemeint), die der finanziellen Mittel und der akademischen Titel.

Die Universitäten und gleichrangigen Fachhochschulen und Fachakademien sind bekanntlich vollgepfropft mit „Studenten“ beiderlei Geschlechts. Diese erwarben sich zuvor das „Reifezeugnis einer deutschen neunstufigen höheren Lehranstalt“ (wodurch sie, akademisch genannt, „matur“ wurden) oder ein gleichrangiges Schul- oder Examenzeugnis. Denn nur damit — so will es die „Bildungsordnung“ der Republik — kann die Einschreibung in die Stammliste der Studierenden (akademisch genannt: Immatrikulation) und die Verleihung des „akademischen Bürgerrechts“ auf die Studiensemester erfolgen. Nach der Absolvierung der für die einzelnen akademischen Fachrichtungen vorgeschriebenen Semester und Examina bekommen die Studierenden (die sich „Kandidaten“ nennen) akademische Studienausweise. Für die Absolventen der technischen Hochschulen hängt daran gleichzeitig das Examen, das ihnen den „akademischen“ Bildungstitel „Diplom-Ingenieur“ einbringt.

Die Ausweise über ein gewisses Maß von „akademischen“ Kenntnissen geben nun beim Eintritt in die Berufsstellungen die akademischen Berechtigungsausweise auf gewisse Berufsstellungen ab. Es sind die Ausweise zum Antritt derjenigen Berufsstellungen und Amtsposten, die mit einem „akademischen“ Berufs- oder Amtstitel zu erlangen sind. Durch diese Etikettierung sieht es so aus, als ob die qualifizierten und leitenden Berufe nur mit „akademischer Bildung“ auszuüben wären und die entsprechenden Berufstitel und Amtstitel deshalb „akademisch“ wären. In Wirklichkeit ist diese Etikettierung das bewußte Werk der akademischen Bürgerkaste, die im sozialen Inhalt der parlamentarisch-demokratischen Republik ihre gesellschaftspolitische Macht ausübt. Darüber ein anderes Mal.

Der kastenpolitische Weg zu den qualifizierten und leitenden Berufsstellungen mittels der finanziellen Mittel und akademischen Titel ist heute vollgedrängt wie noch nie. Um bei diesem Gedränge um die Futterkrippe schneller vorwärtszukommen, versuchen viele „akademisch“ Gebildete neuerdings, sich eines weiteren akademischen Hilfsmittels zu bedienen, nämlich der „Doktorwürde“. Die Erlangung der „Doktorwürde“ (akademisch genannt: Promotion) ist an den technischen Hochschulen abhängig gemacht von der Ablegung des das „volle“ akademische Studium abschließenden „Diplom-Ingenieur“-Examens, das wiederum nur den Studierenden zugänglich ist, die „matur“ sind. Die Doktoranden haben als Nachweis ihrer wissenschaftlich-forschenden Befähigung eine Doktorarbeit (akademisch genannt: Dissertation) an ihre Anstalten abzuliefern. Die Themen dazu sind oft sehr bezeichnend für den „akademischen Geist“ und verdienten Veröffentlichung in der Arbeiterpresse.

Bei der Verleihung der „Doktorwürde“ von den einzelnen Anstalten des akademischen Bildungswesens ist nun eine Inflation entstanden. Es gibt eine wachsende Flut von allerlei Promotionsgraden, die feine Nuancen im Erwerbungsverfahren und grobe Unterschiede in den wissenschaftlichen Disziplinen aufweisen.

Es folgt eine Aufzählung der von den Hochschulen verschiedener Richtungen verliehenen Doktorgrade, an welche Aufzählung der Verfasser folgendes Schlußwort anschließt:

Diese Inflation der „Doktorwürdigen“ ist verständlich, da es im republikanischen Deutschland noch ein kasten- und klassengebundenes Berufsbildungs- und Berufsausübungswesen gibt. Wie heißt es doch im Artikel 109 der Reichsverfassung: „Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen!“

Wenn man nun bedenkt, daß diesem Inflationsstrom der „Doktor-Gebildeten“ ein anderer fast gleichstarker Inflationsstrom der „Doktor-Ausgezeichneten“ (Dr. h. c., Doktor ehrenhalber) einherläuft, glaubt man unwillkürlich, Deutschland müßte in Dokortiteln ertrinken.

Diese Ausführungen, die für die Diplom-Ingenieure nicht ohne Interesse sein dürften, geben wir ohne Kommentar zur Kenntnis, behalten uns aber vor, auf die Frage zurückzukommen.

Argus.

Von der Angestelltenversicherung.

I. Anwartschaft.

Um die Anwartschaft, d. h. die durch Beitragszahlung erworbenen Rechte, nicht zu verlieren, muß jeder Versicherte, wenn er aus irgendeinem Grunde aus der Versicherung (Pflicht- oder freiwillige Versicherung) ausscheidet, die Anwartschaft aufrechterhalten. Andernfalls begibt er sich der erworbenen Rechte; die eingezahlten Beiträge werden nicht zurückerstattet.

Freiwillige Beiträge können nur für ein Jahr zurück unbeschränkt nachgezahlt werden; für eine frühere Zeit nur, wenn noch Beiträge zur Erhaltung der Anwartschaft fehlen. Diese, die gefährdete Anwartschaft rettenden Beiträge können gemäß § 55 des AVG noch im Laufe der zwei Kalenderjahre nachrichtet werden, die dem Fälligkeitjahr folgen. Danach konnten also die etwa noch für 1926 notwendigen freiwilligen Beiträge bis zum 31. Dezember 1928 nachgezahlt werden. Wer dies versäumt hat, für den bestehen nur noch folgende Möglichkeiten:

1. Die erloschene Anwartschaft lebt durch Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder auf

Grund einer Selbstversicherung (§ 22 AVG) — nicht aber durch freiwillige Weiterversicherung — wieder auf,

- a) wenn er während mindestens 24 Monaten versicherungspflichtig beschäftigt und vor dem Erlöschen der Anwartschaft die Wartezeit erfüllt war;
- b) wenn die Wartezeit nicht erfüllt war, muß sich diese Tätigkeit auf 48 Monate erstrecken.

Dieselbe Zeitspanne gilt für die Selbstversicherung.

Die Wartezeit beträgt für männliche Versicherte 120 Pflichtbeitragsmonate, für weibliche Versicherte 60 Pflichtbeitragsmonate; sind weniger als 60 Pflichtbeiträge gezahlt, so verlängert sich die Wartezeit auf 150 bzw. 90 Monate.

2. Die $\frac{3}{4}$ -Deckung nachzuweisen. Die Anwartschaft gilt nämlich nicht als erloschen, wenn die Zeit, die zwischen dem Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall (das ist z. B. Berufsunfähigkeit), Tod mindestens drei Viertel mit Beiträgen, zu denen auch anrechnungsfähige Kriegsdienstmonate und Beiträge zur Invalidenversicherung, die sogar mit den Beitragsmonaten der Angestelltenversicherung zusammenfallen können, gerechnet werden, belegt ist.

Beispiel: Ist ein Versicherter erstmalig am 1. 11. 1916 versicherungspflichtig geworden, und tritt der Versicherungsfall am 30. 6. 1932 ein, so gilt die Anwartschaft als aufrechterhalten, wenn für die Zeit vom 1. 11. 16 bis 30. 6. 1932 = 188 Monate mindestens $\frac{3}{4}$ also 141 Beitragsmonate nachgewiesen werden können.

Zusammenfassend ist zu sagen:

Hat ein Versicherter, der bis einschließlich 1925 mindestens vier Pflichtbeiträge oder gleichwertige Ersatzzeiten nachweisen kann, es verabsäumt, freiwillige Beiträge für 1926 innerhalb der Nachzahlungsfrist zu entrichten, und hat er nicht auf Grund einer neuen versicherungspflichtigen Beschäftigung oder einer Selbstversicherung die Anwartschaft wieder aufleben lassen, so kann er nach dem 31. Dezember 1928 nur noch versuchen, durch Kleben freiwilliger Beiträge für ein Jahr zurück (z. B. im Februar 1929 für die Zeit vom Februar 1928 an) die $\frac{3}{4}$ -Deckung zu erreichen. Jeder Versicherte tut dies natürlich auf eigene Gefahr; ist bei Eintritt des Versicherungsfalles die $\frac{3}{4}$ -Deckung nicht nachzuweisen, so bestehen keinerlei Ansprüche auf Leistungen oder Rückzahlung der Beiträge.

II. Ausbau der Versicherung.

Aus einer dem Reichstag vom Herrn Reichsarbeitsminister vorgelegten Denkschrift des Direktoriums der

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist zur Frage des Ausbaus der Angestelltenversicherung zu entnehmen; daß nach Ansicht des Direktoriums bei den gegenwärtigen Beiträgen eine Erhöhung des Grundbetrags und des Kindergeldes nicht möglich ist. Die Anpassung des Steigerungsbetrages der Angestelltenversicherung (15% aus den ab 1. 1. 1924 entrichteten Beiträgen) an den Steigerungsbetrag der Invalidenversicherung (20% aus den ab 1. 1. 1924 gezahlten Wochenbeiträgen) ist nur zugänglich, wenn eine entsprechende Beitragserhöhung erfolgt. Ebenso wird eine Herabsetzung der Altersgrenze ohne entsprechende Beitragserhöhung nicht für tragbar gehalten. Dagegen wird es möglich sein, den über 60 Jahre alten stellenlosen Versicherten durch eine bis zum 31. Dezember 1928 befristete Übergangsvorschrift insoweit entgegenzukommen, als diesen Versicherten nach Ablauf der Wartezeit dann ein Ruhegeld gewährt werden soll, wenn sie seit mindestens 26 Wochen arbeitslos und bedürftig sind und keinen Anspruch aus der Arbeitslosenversicherung haben. Fallen diese Voraussetzungen fort, so soll die Zahlung des Ruhegeldes eingestellt werden. Gegen eine Verkürzung der Wartezeit für alle Versicherten auf 60 Pflichtbeitragsmonate bzw. 90 bei Pflicht- und freiwilliger Versicherung (wie seither schon bei den weiblichen Versicherten) bestehen unter gewissen Voraussetzungen keine Bedenken.

Die Hilfskasse des Verbandes wird dauernd stark in Anspruch genommen. Unsere Mitglieder, die in festem Einkommen stehen, bitten wir um eine **Spende**. Jeder Betrag ist willkommen. Benutzen Sie unser **Postscheckkonto Berlin 7527** zur Überweisung und vermerken Sie bitte auf dem Abschnitt: **Hilfskasse**.

Befürwortet wird die Einführung einer Elternrente. Diese soll nach dem Tode eines Versicherten gewährt werden, wenn kein Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente besteht. Anspruchsberechtigt sollen nacheinander sein: der Vater, die Mutter, der Großvater, die Großmutter des Versicherten, wenn sie von ihm zur Zeit seines Todes wesentlich aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten worden sind. Den Eltern werden Adoptiv- und Stiefeltern gleichgestellt. Die Elternrente soll $\frac{1}{10}$ des nach §§ 56, 57 AVG zu berechnenden Ruhegeldes betragen. D-e.

Dipl.-Ing. K. FRIEDRICH:

ARBEITSGERICHTSBARKEIT

I

Von verschiedenen Seiten wird die Änderung des § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes gefordert, welcher die Vertretungsbefugnis vor dem Arbeitsgericht regelt und von dieser Befugnis die Rechtsanwälte ausschließt. Seinerzeit haben für diesen Ausschluß der Rechtsanwälte besonders die Gewerkschaften gewirkt, denn dadurch erhofften sie sich eine wesentliche Erweiterung ihres Machtbereichs und einen Fortschritt auf dem Wege der endgültigen Monopolstellung. In der Tat wirkt sich der § 11 ja auch in dieser Richtung aus. Nun ist es nicht ganz ohne Pikanterie, wenn man liest, daß bei den Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht in Duisburg die Gewerkschaften ihre Anwälte mitgebracht hatten, die durch Zettel und Zeichen den Gewerkschaftsvertretern Direktiven für die Verhandlungen gegeben haben sollen!

Sicher werden vor den Arbeitsgerichten eine Unmenge Bagatellsachen verhandelt, bei denen eine Vertretung

durch einen Anwalt völlig überflüssig ist. Daneben aber kommen doch auch Fälle in Frage, in denen die Hinzuziehung eines Juristen im Interesse des Klägers oder des Beklagten liegt, vielleicht eine Notwendigkeit ist. Da kein Kreis, der an der Frage interessiert ist, bisher den Anwaltszwang gefordert hat (und auch nie fordern wird), ist eigentlich nicht einzusehen, warum der Forderung nach Zulassung der Anwälte nicht entsprochen wird. Es sei denn, daß man mit allen erdenklichen Mitteln die Gewerkschaften von Gesetzes wegen unterstützen will, sei es selbst um den Preis der in der Verfassung des Deutschen Reiches „verankerten Koalitionsfreiheit“.

II

Wie von gewerkschaftlicher Seite das Amt des Arbeitsrichters aufgefaßt wird, dafür gab der als Rechtsanwält im Deutschen Metallarbeiter-Verband tätige Dr. Fraenkel jüngst beachtenswerte Richtlinien („Metall-

arbeiter-Zeitung“ Nr. 2, 1929). Er sagte in einem Vortrag über die Stellung der Gewerkschaften im Arbeitsgerichtsverfahren u. a.:

„Die Arbeiterrichter sollen vor Gericht Recht sprechen, dabei das Klasseninteresse nicht aus dem Auge verlieren... Der Beisitzer am Arbeitsgericht hat Recht und Gesetz zu achten, muß aber das Recht nach seinen Klasseninteressen formen.“

Eines Kommentars bedürfen diese Ausführungen nicht. Man könnte nun aber einwenden, daß hier lediglich die Meinung eines Gewerkschaftsvertreters vorliegt. Daß diese Anschauungen nicht eine Einzelercheinung sind, beweisen die Ausführungen des Arbeitsrechts-Referenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Clemens Nörpel, der im Anschluß an den Fraenkelschen Vortrag ausführte:

„Die Arbeiterrichter dürfen in ihrem Wirken ihre Klassenanschauungen nicht verleugnen, sie sollen eine subjektive Objektivität walten lassen.“

Wenn man dazu noch die Forderungen Fraenkels beachtet, daß die Stellung der Organisierten im Arbeitsrecht eine bevorzugte werden muß, daß der Arbeiter nur durch die „gewerkschaftliche Sperre“ zum Arbeitsgericht kommt, daß vor dem Arbeitsgericht der „Zwang der Gewerkschaftsvertretung“ eingeführt und daß schließlich dem Unorganisierten der Zugang zum Arbeitsgericht „gehemmt“ wird, so wird man ja wohl erkennen, wohin die Dinge geführt werden sollen.

III

Gerade das Arbeitsgerichtsgesetz hat eine starke Machtsteigerung den Gewerkschaften gebracht. Nachdem die erstrebte restlose Monopolstellung bei der Arbeitsvermittlung nicht erreicht wurde, gelang es, beim Arbeitsgerichtsgesetz einen gewaltigen weiteren Fortschritt zu erzielen. Und es braucht nicht wunderzunehmen, daß das Erreichte einen besonderen Anreiz ausübt, die Machtstellung ständig zu erweitern.

Nicht bloß in der Zulassung der Gewerkschaftsvertreter als Mandantvertreter vor dem Arbeitsgericht und in der Ausschließung der Rechtsanwälte liegt die Machtstellung. Diese ist viel mehr noch durch die Art der Bestellung der Beisitzer des Gerichts gegeben. Die Arbeitnehmer-Beisitzer werden lediglich auf Grund von Vorschlagslisten ernannt, welche von den Gewerkschaften aufgestellt werden. Die Ernennung vollzieht die Regierung. Theoretisch besteht somit zwar die Möglichkeit, daß die Regierung vorgeschlagene Beisitzer nicht ernannt; praktisch bleibt das aber ohne jede Bedeutung, da eben an die Stelle des Nichternannten ein anderer in den Vorschlagslisten der privilegierten Gewerkschaften stehender Vertreter tritt.

Allein schon diese Möglichkeit ist aber den Gewerkschaften in ihrem Machtstreben zuwider. Dr. Fraenkel sagte hierzu in seinem Vortrag:

„Die Gewerkschaft stellt die Richter, aber die Art, wie die Beisitzer herangezogen werden, muß unbedingt geändert werden. Das Gesetz sagt, die Arbeiterrichter werden nach den Vorschlagslisten der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen ernannt. Das Ernennen läßt Willkür zu.“

Das heißt mit anderen Worten, daß die Monopolisierung so weit getrieben werden soll, daß die Beisitzer der Arbeitsgerichte von den Gewerkschaften selbst ernannt werden.

IV

Dieses Machtstreben ist erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß nur etwas mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert ist.

Aber gerade auch aus demselben Grunde ist die heute schon gegebene Monopolstellung völlig ungerechtfertigt. Wo bleibt die insbesondere auch von den privilegierten Gewerkschaften so gepriesene Demokratie, wenn rd. zwei Drittel der Arbeitnehmer ohne Einfluß auf die Recht-

sprechung in den sie selbst angehenden Fragen bleiben, wenn man schon den beiden Kontrahenten des Arbeitsverhältnisses Einfluß auf die Rechtsfindung eingeräumt hat? Die verfassungsrechtliche „Koalitionsfreiheit“ muß doch wohl auch so verstanden werden, daß es jedem freisteht, nicht nur sich zu „koalieren“ wie und mit wem er will, sondern sich auch gar nicht zu organisieren. Sollen deshalb diese Arbeitnehmer in Deutschland dauernd vermindertem Recht unterworfen sein, sind diese Arbeiter und Angestellten etwa minderwertiger als die Organisierten?

Da ist interessant, was kürzlich in einem freigewerkschaftlichen (also ganz unverdächtigen) Blatt zu lesen war:

„Dann wäre auch die wärmste und eifrigste Unterstützung der abseitsstehenden Arbeiter, deren es noch eine ganze Masse gibt, und zwar wohl sicherlich nicht die schlechtesten, der Fall.“

Ja, zweifellos sind es nicht die schlechtesten Arbeiter, die abseits der Gewerkschaften stehen (womit kein Werturteil über die in den Gewerkschaften stehenden gefällt ist) und die offenbar des Glaubens und Willens sind, ihren Lebenskampf ohne gewerkschaftliche Krücken durchzukämpfen. Und das gleiche trifft auf die Angestellten und vor allem die höheren Dienstnehmer in der Wirtschaft zu.

TAGUNGEN 1929:

Verein deutscher Eisenhüttenleute, Düsseldorf:
4. bis 5. Mai 1929 in Düsseldorf.

Deutsche Bunsen-Gesellschaft für angewandte physikalische Chemie e. V., Seelze bei Hannover: 9. bis 12. Mai 1929 in Berlin.

Verein deutscher Chemiker, Berlin:
21. bis 26. Mai 1929 in Breslau und Oberschlesien.

Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen, E. V., Seelze: 22. bis 24. Mai 1929 in Breslau.

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure E. V., Berlin: 31. Mai bis 3. Juni 1929 in Clausthal a. H.

Verein deutscher Ingenieure, Berlin: 23. bis 24. Juni 1929 in Königsberg in Preußen.

Zentralverband der Preuß. Dampfkessel-Überwachungsvereine E. V., Halle a. d. S.: 31. Juli bis 3. August 1929 in Stettin.

Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine E. V., Berlin: 4. bis 7. September 1929 in Hamburg.

Deutsche Gesellschaft für Metallkunde im Verein deutscher Ingenieure, Berlin: 7. bis 9. September 1929 in Düsseldorf.

V

Es gab einmal eine Zeit, da man die deutsche Justiz eine „Klassenjustiz“ schalt, und auch heute wird noch bei passenden Gelegenheiten, wo man an eine agitatorische Wirkung dieses Schlagwortes glaubt, dieses Requisit aus der Kammer hervorgeholt. Was hier aber für das Arbeitsrecht propagiert wird, das ist nackte Klassenjustiz. Denn anders kann man die Anweisung für die Beisitzer der Arbeitsgerichte: „das Recht nach seinen Klasseninteressen zu formen“ nicht deuten.

Ein verhängnisvoller Weg soll hier eingeschlagen werden; wird objektives Recht zu „subjektiver Objektivität“, dann wird unweigerlich der Glaube an das Recht erschüttert; der Weg zur wahren Klassenjustiz ist dann nicht mehr weit.